

Prof. Dr. Gerd Bosbach  
Rheinahrcampus  
Südallee 2  
53424 Remagen

Mail-Adresse: bosbach@rheinahrcampus.de

Privat:  
Pfarrer-Maybaum-Weg 39  
51061 Köln  
Tel. 0221 / 6320173

DG	EMPL	OAD	23513
Date	18	-10-	2005
GF:	E		
G.			

**Betr.: Beiträge zur Demografischen Entwicklung**

Köln, den 9.10.2005

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

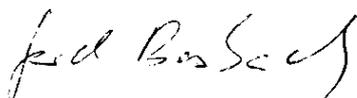
mit Freude komme ich Ihrer Aufforderung nach, sich mit eigenen Beiträgen an der Erstellung des „Grünbuches Demographie“ zu beteiligen. Da ich mir über den Umfang und die Zielrichtung nicht ganz genau im Klaren bin, sende ich Ihnen zwei Artikel zu:

1. „Kein Anlass zu Furcht und Panik - Fakten und Mythen zur ‚demographischen Katastrophe‘ “ von Klaus Bingler und mir;  
veröffentlicht in „Deutsche Renten Versicherung“ 11-12/2004  
(Klaus Bingler hat sein Einverständnis gegeben; beim Verband Deutscher Rentenversicherungsträger erwarte ich keinen Einspruch)
2. „Wenn Demografie zu Demagogie wird“ von mir;  
veröffentlicht in Souverän 8/2005, Hrsg.: Senioren Union der CDU Deutschlands  
(die Rechte auf diesen Artikel liegen bei mir)

Während der erste Artikel sehr ausführlich die Fakten analysiert ist der zweite Artikel eine kurze pointiert-politische Analyse. Bei Interesse sende ich Ihnen gern die elektronischen Fassungen zu.

Unabhängig davon verfolge ich mit Interesse Ihre Aktivitäten.

Mit freundlichen Grüßen



Anlagen

## Wenn Demografie zu Demagogie wird

Ob Rot-Grün, Schwarz-Gelb oder die Kommissionen von Hartz, Rürup und Herzog - in einem sind sich alle einig: Deutschland vergreist und schrumpft, immer weniger Beschäftigte müssen für immer mehr Rentner und Rentnerinnen aufkommen. Die demografische Entwicklung ist ein entscheidendes Argument für den Sozialabbau.

Johann Hahlen, Präsident des Statistischen Bundesamtes, ist kein Wahrsager, sondern ein, durch die Politik eingesetzter Beamter. Trotzdem weissagte er für 2050 große Not. Die Alterung der Gesellschaft werfe gewaltige Probleme auf. Und diese Entwicklung sei „unausweichlich“ sagte Hahlen bei der Vorstellung der 10. Bevölkerungsvorausberechnung vor zwei Jahren. Seitdem gilt der „Umbau“ von Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung als „zwingend notwendig“ (SPD-Fraktionschef Franz Müntefering), die Sozialsysteme wären sonst „nicht mehr bezahlbar“ (Bundeskanzler Gerhard Schröder). Und Frau Merkel möchte das noch überbieten: „All das, was heute hier gesagt wurde, reicht bei weitem nicht aus, um die demographischen Veränderungen in unserer Gesellschaft zu beschreiben.“, sagte sie angesichts der Vorstellung der Agenda 2010 im Bundestag.

Der Münchner Soziologe Ulrich Beck, über diese Rhetorik „bestürzt“, erklärte am 6. Mai 2004 in der WDR-Sendung Monitor: „Ich habe den Eindruck, dass diese Art der Dramatisierung eigentlich eine Art Gedankenlosigkeit voraussetzt.“

Eine Gedankenlosigkeit, politisch gewollt, faktisch aber längst widerlegt.

## Blick in die Vergangenheit

Dazu einige Fakten der Fachleute des Statistischen Bundesamtes – mehr Details s. u.a. Bingler/Bosbach in Deutsche Rentenversicherung 11/12-2004, S. 725-749 (Hrsg.: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger):

- Im letzten Jahrhundert stieg die Lebenserwartung um 30 Jahre und sank der Anteil der Kinder und Jugendlichen von 44 auf 21 Prozent bei gleichzeitigem massiven Ausbau der Sozialsysteme.
- Für die nächsten 50 Jahre wird eine Zunahme der Lebenserwartung um nur noch 6 Jahre erwartet und wird nach den Annahmen des Statistischen Bundesamtes der Anteil der Kinder und Jugendlichen um 5 Prozentpunkte von 21 auf 16 Prozent sinken.

Wir haben also letztes Jahrhundert sehr viel mehr gemeistert, als in den nächsten 50 Jahren kommen wird. Warum ist die Gesellschaft des 20. Jahrhunderts dann nicht völlig kollabiert?

- Auch der Anteil der zu versorgenden Älteren hat sich letztes Jahrhundert ähnlich entwickelt, wie es für die nächsten 50 Jahre erwartet wird. Und das bei massiv steigendem Wohlstand für alle, für Junge, Mittelalte und Ältere.

Hier die Fakten des Statistischen Bundesamtes:

1900 bis 1950: Anteil der über 65-jährigen steigert sich um 100 Prozent.

1950 bis 2000: Anteil der über 65-jährigen steigert sich um 70 Prozent.

2000 bis 2050: Anteil der über 65-jährigen steigert sich um 77 Prozent (Prognose).

Die Vergangenheit zeigt also, dass Alterung und Geburtenrückgang zu meistern sind. Die Gründe werden im nächsten Abschnitt dargestellt, denn sie werden bei dem heutigen, angstbesetzten Blick in die Zukunft meist ausgeblendet.

### **„Vergessene“ Faktoren bei der Zukunftsbetrachtung**

Angenommen, die Vorhersagen würden genau so eintreten, wie es vom Statistischen Bundesamt ausgerechnet wurde. Selbst dann kann nur mit sehr verengtem Blickwinkel eine Dramatik erkannt werden. Die aufgesetzten Scheuklappen müssen die Entwicklung der Vergangenheit ausblenden und lassen für 2050 nur Sicht auf ein einziges Zahlenverhältnis:

Auf 100 Erwerbsfähige kommen heute 44 über 60-Jährige und 2050 werden es 78 sein. Das entspricht einer Zuwachsrate von 77 Prozent!

Dieser dramatische Blick ist sowohl eindimensional – nur ein Merkmal wird betrachtet – als auch statisch, da alle Veränderungen der nächsten 45 Jahre völlig ausgeblendet werden.

Was wird mit dieser Blickweise übersehen?

- Nicht nur die Versorgung der Älteren durch die Erwerbsfähigen ist zu berücksichtigen. Auch Kinder und Jugendliche müssen ernährt werden. Deshalb spiegelt erst der Gesamtquotient, sprich das Verhältnis der Jungen und Alten zu den Erwerbsfähigen, die finanzielle Belastung richtig wieder. Während der Quotient Ältere zu Erwerbsfähigen bis 2050 um dramatisch wirkende 77 Prozent steigt, klettert der realistischere Gesamtquotient nur um 37 Prozent. Allein die Einbeziehung dieser simplen statistischen Weisheit halbiert schon das angeblich so dramatische Zahlenverhältnis.
- Noch überraschender ist der nächste Trick der Dramatisierer: Bei ihren Berechnungen nehmen sie nämlich immer an, dass das Renteneintrittsalter 2050 gleich dem Heutigen ist. Sie nehmen für ihre Horrorzahlen also an, dass die Menschen 2050 sechs Jahre länger leben, dass dadurch die Erwerbsfähigen überfordert sind, es also Arbeitskräftemangel gibt, aber keinen Tag länger gearbeitet werden muss! Selbst der vorzeitige Ruhestand, wie heute oft erzwungen, bleibt in ihren Zahlen genauso erhalten. Berücksichtigt man, wie auch vom Statistischen Bundesamt berechnet, eine Angleichung des heutigen tatsächlichen Renteneintrittsalters (ca. 60 J.) an das gesetzliche (65 J.) im Jahre 2050, so verliert die demografische Entwicklung vollends jede Dramatik. Der Gesamtquotient steigt nämlich nur noch um knapp 4 Prozent!
- Würde es stimmen, dass 2050 die „wenigen“ jungen Menschen mit der Versorgung überfordert wären, so müsste die Arbeitslosigkeit stark sinken. Auch dies rechnen die Dramatiker nicht ein. Denn Arbeitslosigkeit macht das heutige Verhältnis Versorger zu Versorgenden schlechter, die Entwicklung bis 2050 also wesentlich undramatischer.
- Und ebenso wird die Steigerung der Produktivität von Erwerbstätigen in der Diskussion völlig übersehen. Der verantwortliche Fakt für die Erfolge der Vergangenheit soll in Zukunft keine Rolle mehr spielen! Dabei würde selbst eine geringfügige Steigerung von 1,25 Prozent pro Jahr (Herzog-Kommission) in 50 Jahren die Leistung jedes Erwerbstätigen um 86 Prozent steigen lassen. Und davon könnten Junge und Ältere gleichermaßen profitieren, einschränken müsste sich keiner.

Und wer glaubt, es gäbe in Zukunft keinen Fortschritt mehr, übersieht nicht nur die vielen schon

heute bekannten Trends, sondern hat eigentlich mit der Zukunft bereits abgeschlossen. Außerdem ignoriert derjenige, dass ein auf Wettbewerb basierendes Wirtschaftssystem zwangsläufig Neues entwickeln muss, die Produktivität des Einzelnen also steigert.

Wie gezeigt gibt es viele positive Einflussfaktoren, die in der öffentlichen Diskussion komplett ausgeblendet werden. Dass diese Faktoren trotzdem wirken, zeigt auch eine einfache gesamtwirtschaftliche Betrachtung:

Da die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten sinken wird, würde selbst bei einer nicht mehr wachsenden Volkswirtschaft („Nullwachstum“ des Bruttoinlandsproduktes) jeder – egal ob jung oder alt – mehr bekommen können. Diese einfache Divisionsrechnung – gleicher Kuchen, aufgeteilt auf weniger Leute – stimmt übrigens immer noch, wenn man einen festen Anteil des Bruttoinlandsproduktes nicht der Bevölkerung, sondern den Arbeitgebern zuordnet, beispielsweise wie heute ca. 30 Prozent. Dann können in Zukunft die restlichen 70 Prozent auf weniger Leute aufgeteilt werden, also mehr für Jeden. Und es kann ja eigentlich nur noch besser werden, da ein dauerhaftes „Nullwachstum“ der Wirtschaft höchst unwahrscheinlich ist.

Apropos Bevölkerungszahlen: Das Statistische Bundesamt geht in seiner Hauptvariante von einem Rückgang von 82 auf 75 Millionen Menschen in Deutschland aus. Das sind weniger als 10 Prozent Abnahme in 50 Jahren, bei weitem also kein aussterbendes Land. Und auch die erwartete Anzahl von 12.100.000 Kindern und Jugendlichen ist keinesfalls ein Land ohne Kinderlächeln. Vielleicht schafft das bisschen mehr Platz sogar positiven Gestaltungsraum. Zumindest in den heute überwiegend hoffnungslos überfüllten Hochschulen könnte die Arbeit deutlich effektiver werden.

Und noch ein weiterer Fakt des Statistischen Bundesamtes ist in der öffentlichen Diskussion bewusst oder unbewusst nicht angekommen: Das nennenswerte Ansteigen der Rentnerzahlen erfolgt frühestens 2025, wenn die geburtenstarken Jahrgänge von Anfang der 60'er Jahre des letzten Jahrhunderts in Rente gegangen sind. Ist diese undramatische Entwicklung der nächsten zwei Jahrzehnte der Grund, dass alle nur auf 2050 gucken und sich für Zwischenwerte nicht interessieren?

## **Zur Sicherheit von Langfristprognosen**

Bei der ganzen Demografie-Diskussion wird weiterhin so getan, als ob die Entwicklung bis 2050 schon fest vorprogrammiert ist, es also keine Bewegungsspielräume mehr gibt. Dass dem bei Weitem nicht so ist, zeigen nicht nur der Vergleich früherer Voraussagen mit der tatsächlichen Entwicklung, sondern auch ganz einfache Überlegungen:

- Vorhersagen der Bevölkerungsentwicklung sind nichts anderes als Modellrechnungen, die bekannte Trends fortschreiben. Strukturbrüche können sie nicht prognostizieren.  
Eine 50-Jahres-Prognose aus dem Jahr 1950 hätte weder den Pillenknick noch den Babyboom, weder den Zustrom ausländischer Arbeitnehmer und osteuropäischer Aussiedler, noch den Trend zu Kleinfamilie und Single-Dasein berücksichtigen können.  
Eine Berechnung aus dem Jahre 1900 für das Jahr 1950 hätte sogar 2 Weltkriege übersehen müssen.  
Nur heute wird anmaßend behauptet, man könne trotz aller möglichen Veränderungen so weit in

die Zukunft genauestens vorausschauen.

Dumme Frage: Würden Sie einer Vorhersage Konrad Adenauers aus dem Jahre 1955 (!!!) für heute trauen? Wenn ja, lesen Sie mal bei ihm nach. Wenn nein, warum glauben Sie heute an die Vorhersagekraft?

- Zwei der wichtigsten Stellschrauben des Rechenmodells der Statistiker - die Kinderzahl pro Frau und die Zuwanderung von Ausländern - sind von der Politik direkt beeinflussbar. Beispielsweise durch kinderfreundliche Familienpolitik.

Dass Bevölkerungsprognosen unsicher sind, wissen auch die Fachleute des Statistischen Bundesamtes. Deshalb haben sie in ihren Rechnungen im Jahre 2003 neun verschiedene Varianten durchgerechnet. Die Spannweite der Ergebnisse für 2050 reicht von 67 bis 81 Millionen Menschen, beträgt also 14 Millionen Personen. Von Sicherheit keine Spur!

Zukünftige Entwicklung ist also nicht determiniert, wie uns die Auguren der Bevölkerungskatastrophe ständig einreden wollen.

## **Unglaubliche Politiker**

Die Demografie-Keule wird von der Politik immer dann besonders mächtig geschwungen, wenn sie aktuelle Löcher im Sozialsystem stopfen muss. Aber weder Praxisgebühr, erhöhte Zuzahlung zu Medikamenten noch Nullrunden bei aktuellen Renten sind wesentliche Beiträge zur Meisterung des 21. Jahrhunderts. Stattdessen sind sie ein Ausgleich für aktuelle Einnahmeausfälle durch Arbeitslosigkeit und Abbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze!

Vollends unglaublich wirken Sprüche, wie „Wir machen Deutschland zukunftsfest.“, wenn man einfach mal nachrechnet: Die Generation, die 2050 die „vielen Alten“ zu ernähren hat, lernt heute für diese Aufgabe, befindet sich jetzt in Schule, Lehre oder oft leider auch auf der Straße beziehungsweise in wenig effektiven Versorgungseinrichtungen. Um die „vielen Alten“ später ernähren zu können, bräuchte die Jugend heute eine hervorragende Ausbildung. Stattdessen: Ausfallende Schulstunden, marode Schulgebäude, überforderte und teilweise ausgebrannte Lehrer, Mangel an Ausbildungsplätzen, dramatisch überfüllte Hochschulen und zur Kaschierung der Misere im Bildungsbereich ein paar medienwirksame Tropfen auf den heißen Stein.

**Politiker und Unternehmer, die wirklich Angst vor der demografischen Entwicklung haben, müssten im Bildungsbereich klotzen und nicht kleckern. Und das jetzt, sofort. Ansonsten haben wir schon vor 2050 wirklich riesige Probleme, das aber wegen der schlecht qualifizierten Erwerbstätigen!**

---

Der Autor, Prof. Dr. Gerd Bosbach lehrt an der Fachhochschule in Remagen Mathematik, Statistik und empirische Wirtschafts- und Sozialforschung. Seine Berufserfahrung erwarb er u.a. beim Statistischen Bundesamt und der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung. Für das Statistische Bundesamt war er 1989 bis 1991 in Bonn zuständig für die statistische Beratung von Finanz- und Wirtschaftsministerium und die wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages.

## Kein Anlass zu Furcht und Panik

### Fakten und Mythen zur „demografischen Katastrophe“

Klaus Bingler/Professor Dr. Gerd Bosbach, Remagen

In den letzten Jahren hat die Auseinandersetzung um die demografische Entwicklung in Deutschland immer mehr an Schärfe gewonnen. Politiker und Journalisten werden nicht müde, vor einer drohenden Überalterung unserer Gesellschaft und einem dramatischen Bevölkerungsrückgang zu warnen, in deren Folge die sozialen Sicherungssysteme an ihre Grenzen stoßen würden. Wieweit sind derartige Befürchtungen tatsächlich berechtigt? Die im Juni 2003 veröffentlichte 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, die einen Berechnungszeitraum von knapp 50 Jahren besitzt und in der demografischen Debatte eine zentrale Rolle spielt, liefert bei genauerer Betrachtung keinen Anlass für derartige Ängste. Abgesehen davon, dass eine solch langfristige Projektion auf Grund zahlreicher Unwägbarkeiten höchstens einen hypothetischen Wert beanspruchen kann, stellt sich die erwartete Situation - selbst unter der Voraussetzung, dass die veröffentlichten Berechnungen zutreffend wären - längst nicht so dramatisch dar, wie vielfach behauptet wird. Gravierendere Veränderungen, etwa die Entwicklung des Altenquotienten betreffend, treten ohnehin erst nach 2020 auf. Und in der mittleren Variante des Bundesamtes sinkt die Bevölkerungszahl bis 2050 lediglich um neun Prozent gegenüber heute. Im Übrigen weichen die einzelnen Varianten so stark voneinander ab, dass von „gesicherten“ Erkenntnissen keine Rede sein kann. Folgende Überlegungen tragen dazu bei, die Dramatik zu entschärfen:

1. Die angekündigten Verschiebungen in der Altersstruktur setzen lediglich eine Tendenz fort, die bereits vor über einem Jahrhundert begonnen hat, ohne dass dies in der Vergangenheit zu einer Belastung der Sozialsysteme geführt hätte - diese wurden im Gegenteil noch weiter ausgebaut.
2. Wenn man berücksichtigt, dass nicht nur Alte, sondern auch Kinder und Jugendliche ernährt und versorgt werden müssen, relativiert sich die Bedeutung des Alten- zu Gunsten des Gesamtquotienten.
3. Übersehen wird, dass durch eine Reduktion der Arbeitslosigkeit ökonomische Ressourcen zur Versorgung Älterer freigesetzt werden können.
4. Weiterhin wird oft außer Acht gelassen, dass bei zusätzlichem Arbeitskräftebedarf durch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters - immerhin wird mit einer 6-jährigen Verlängerung des Lebens gerechnet - weitere Kapazitäten aktivierbar sind.
5. Da der Produktivitätsfortschritt in den Debatten ausgeklammert wird, übersieht man das enorme ökonomische Potenzial, das auch in Zukunft bereit stehen wird. Damit lässt sich eine größere Zahl älterer Menschen versorgen - Voraussetzung ist allerdings, dass die Arbeitnehmer anteilig vom Wachstum der Arbeitsproduktivität profitieren.

Statt den Finger immerzu in die „demografische Wunde“ zu legen, wäre es sinnvoller, sich auf die Förderung des Nachwuchses zu konzentrieren. In der Vergangenheit wurde vorhandenes statistisches Material zu Bevölkerungszahlen oftmals gar nicht genutzt. So hat man es versäumt, auf die geburtenstarken Jahrgänge der 1960-er Jahre zu reagieren, indem man entsprechende Kapazitäten im Schul- und Bildungswesen bereitstellte.

Abschließend sei darauf verwiesen, dass ein erheblicher Teil der Finanzierungsprobleme für die sozialen Sicherungssysteme nicht der demografischen Entwicklung, sondern den veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen geschuldet ist. Dazu gehören sinkende Lohnquoten und eine hohe Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus wird der von der Unternehmenseite angestrebte Rückzug aus der paritätisch finanzierten Sozialversicherung die Validität der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherungen weiter verschlechtern.

**Inhalt**

1. Einleitung: Die Demografie im Brennpunkt der aktuellen Diskussion
  - 1.1. Die Demografie als politisches Instrument
  - 1.2. Aktuelle Debatten in den Medien
2. Wieweit gibt die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung tatsächlich Anlass zur Dramatisierung?
  - 2.1. Die Annahmen und Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung
  - 2.2. Die einseitige Interpretation der Ergebnisse
  - 2.3. Moderate Entwicklung bis zum Jahre 2020
  - 2.4. Zunehmende Differenzierung zwischen den einzelnen Varianten bis zum Jahre 2050
3. Der fragile Charakter der Bevölkerungsstatistik
  - 3.1. Die Korrekturbedürftigkeit der Statistik in der Vergangenheit
  - 3.2. Ein Gedankenexperiment: Wie zuverlässig wäre eine Prognose von vor 50 Jahren für heute gewesen?
  - 3.3. Die Beeinflussbarkeit der Modellannahmen durch die Politik
4. Entschärfte Dramatik auch bei zutreffender Bevölkerungsvorausberechnung
  - 4.1. Relativierung der Dramatik durch Vergleiche mit der früheren Bevölkerungsentwicklung
  - 4.2. Fehlende Einbeziehung der Jugend in die Berechnung
  - 4.3. Fehlende Berücksichtigung einer möglichen Verschiebung des Renteneintrittsalters
  - 4.4. Außerachtlassung des Produktivitätsfortschritts
  - 4.5. Ein Rechenexperiment: Rechnet man die Erwerbslosen zu den Kindern, Jugendlichen und Älteren hinzu, so ergibt sich bereits für heute ein ähnlich „dramatisches“ Verhältnis, wie es für 2050 zwischen Erwerbsfähigen und Alten vorhergesagt wird
5. Der Jugendquotient – eine Messlatte für die Effizienz einer Volkswirtschaft?

6. Schlussbemerkungen: Gedanken über den Wert von Bevölkerungsvorausberechnungen

**1. Einleitung: Die Demografie im Brennpunkt der aktuellen Diskussion****1.1. Die Demografie als politisches Instrument**

In den politischen Debatten der letzten Jahre nimmt die Demografie einen immer wichtigeren Stellenwert ein. So berufen sich Politiker fast aller Parteien mit Vorliebe auf die Veränderungen in der Altersstruktur der Bundesrepublik Deutschland, um den so genannten Umbau des Sozialstaats zu begründen. Im Vordergrund dieser Argumentation steht dabei vor allem die zunehmende Überalterung und der Bevölkerungsrückgang, in deren Folge die sozialen Sicherungssysteme zunehmend an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen würden. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, seien radikale Einschnitte vor allem im Renten- und Gesundheitssystem unvermeidlich. Eine solche Sichtweise, wie sie die öffentliche Auseinandersetzung besonders seit etwa einem Jahr entscheidend beherrscht, findet sich bereits in einem Positionspapier, das der Managerkreis der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung im Dezember 2001 unter dem Titel „Deutschland in den nächsten 30 Jahren: Die Zukunft gestalten“ veröffentlichte. „Eine Gesellschaft“, heißt es dort, „die über Jahrzehnte zu wenig Humankapital durch zu niedrige Geburtenraten und zu wenig Vermögen durch sinkende Sparquoten bildet und gleichzeitig immer mehr Belastungen in die Zukunft verschiebt, wird ihre aus der Vergangenheit ererbten Ansprüche auf Dauer nicht erfüllen können, und droht, sich neue Verteilungskonflikte zwischen den Generationen und neue Belastungen der Erwerbstätigen durch den Staat aufzubürden. Das fundamental Neue in den nächsten drei Jahrzehnten wird die Bewältigung der Alterung der Bevölkerung und der Erwerbstätigen und ihre Folgen sein. Wir halten die ‚Grauen Sorgen‘ für gravierender als die ‚Grünen Sorgen‘“

gen'.<sup>41</sup> Um einer solchen Entwicklung Rechnung zu tragen, wird eine Politik gefordert, die „in Generationen denkt“ und berücksichtigt, dass „Demographie zu unserem Schicksal wird.“<sup>42</sup> Bekanntlich blieb dieser Appell nicht ungehört. Denn Gerhard Schröders Ausführungen vom 1. Juni 2003 auf dem SPD-Sonderparteitag klingen fast wie ein Echo dieser Forderungen: „Und wir müssen anerkennen und aussprechen, dass die Altersentwicklung unserer Gesellschaft, wenn wir jetzt nichts ändern, schon zu unseren Lebzeiten dazu führen würde, dass unsere vorbildlichen Systeme der Gesundheitsversorgung und der Alterssicherung nicht mehr bezahlbar wären. Was wir heute beweisen müssen, ist der Mut, Neues zu wagen. Dabei werden wir uns von manchem, was uns lieb – und leider auch: teuer – geworden ist, verabschieden müssen.“<sup>43</sup> Und ganz ähnlich formulierte Franz Müntefering im Sommer 2003 auf einer Betriebsrätekonferenz: „Wir Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit die drohende Überalterung unserer Gesellschaft verschlafen. Jetzt sind wir aufgewacht. Unsere Antwort heißt: Agenda 2010! Die Demografie macht den Umbau unserer Sozialsysteme zwingend notwendig.“<sup>44</sup> Auch die Opposition sieht dies kaum anders. So betonte Edmund Stoiber am 9. November 2000 die gravierende Bedeutung der demografischen Veränderung für die zukünftige Politik: „Bei den Themen Demografie, sinkende Geburtenzahlen, Überalterung und Zuwanderung geht es um die künftige soziale Balance, um den solidarischen Zusammenhalt zwischen den Generationen und nicht zuletzt um die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft in Deutschland.“<sup>45</sup> Zuweilen versucht die Union, die Regierung, was die Besorgnis um den demografischen Wandel betrifft, sogar noch zu übertreffen, was zum Beispiel in einer Kritik Angela Merkels an Gerhard Schröder in der Bundestagsdebatte vom 14. März 2003 deutlich wird: „All das, was heute hier gesagt wurde, reicht bei weitem nicht aus, um die demografischen Veränderungen in unserer Gesellschaft zu beschreiben.“<sup>46</sup> Fast scheint es also, als gäbe es einen allgemeinen Konsens der politischen Klasse, dem zu Folge den

„Sachzwängen“ der Demografie oberste Priorität gegenüber allen anderen Fragen des öffentlichen Lebens zukommt. Dennoch gibt es immer wieder auch Stimmen, die sich diesem Konsens verweigern. So kritisierte der ehemalige SPD-Bundesabgeordnete Albrecht Müller im August 2004 den Bundeskanzler in einem offenen Brief. Müller, der von 1973 bis 1982 Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt und von 1985 bis 1986 Mitglied der Wahlkampfmannschaft des niedersächsischen Spitzenkandidaten Gerhard Schröder war, erklärt es darin für unverantwortlich, einen Generationenkonflikt auszurufen und wirft der Bundesregierung vor, dass sie Öl ins Feuer „dieses dummen, unnötigen Konflikts“ gießt. Seine Kritik an der herrschenden Reformpolitik fasst er folgendermaßen zusammen: „Also, die geläufigen Begründungen für die Strukturreformen – Alterung und Globalisierung – sind äußerst schwach. Ihre Glaubwürdigkeit folgt allein daraus, dass sie von allen Eliten nachgebetet werden.“<sup>47</sup> Wie der Autor darüber hinaus in einem kürzlich erschienenen Buch darlegt, zählt er die These von der bedrohlichen Überalterung unserer Gesellschaft zu den Denkfehlern, Mythen und Legenden, mit denen Deutschlands Politik ruiniert wird.<sup>48</sup> Natürlich haben Auffassungen, wie sie Müller vertritt, in der medialen Debatte bislang eher den Charakter von exotischen Außenseiterpositionen. Denn die herrschende publizistische

1 Deutschland in den nächsten 30 Jahren: Die Zukunft gestalten, Positionspapier zum Kongress des Managerkreises Berlin, 3. Dezember 2001, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2001, S. 9.

2 Deutschland in den nächsten 30 Jahren, S. 9.

3 Zitiert nach: Mythos Demografie, Berlin: Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft e.V. 2003, S. 1.

4 Zitiert nach Mythos Demografie, S. 1.

5 Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber zum Entwurf des Doppelhaushaltes 2001/2002 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei (Einzelplan 02) am 09. November 2000 – Manuskriptfassung <http://www.bayern.de/Presse-Info/Reden/2000/001109.html>

6 Zitiert nach Mythos Demografie, S. 1.

7 Albrecht Müller: Offener Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder, Berliner Tagesspiegel vom 23.8.2004

8 Albrecht Müller: Die Reformlüge, 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren, München: Droemer 2004, Kapitel 6.

Meinung deckt sich weit gehend mit den offiziellen Positionen oder treibt sie zuweilen sogar auf die Spitze.

### 1.2. Aktuelle Debatten in den Medien

Es wäre sicher abwegig zu behaupten, dass sich die Diskussion zum Thema demografische Veränderungen in den deutschen Medien durch ein überhöhtes Maß an Sachlichkeit auszeichnen würde. Stattdessen herrscht vielmehr oft lediglich Panikmache, hinter der keine andere Absicht zu stehen scheint, als das Publikum in Angst und Schrecken zu versetzen. Dabei stehen Schlagworte wie „Krieg der Generationen“, „demografische Zeitbombe“, „Vergreisung“, „Greisenrepublik“ oder „sterbendes Volk“ im Vordergrund, die den Eindruck suggerieren, ganz Deutschland stehe kurz vor dem politischen und ökonomischen Zusammenbruch. Auch die so genannte „seriöse“ Berichterstattung bedient sich immer mehr einer plakativen Ausdrucksweise, die teilweise sogar demagogische Züge annimmt. So klagte der Spiegel am 5. Januar 2004 unter dem Titel „Land ohne Lachen“ mit leicht zynischem Unterton: „Deutschland schrumpft – und ergraut. Die Bundesrepublik rangiert mit ihrer Geburtenrate unter 190 Staaten auf Platz 185. Vier von zehn Akademikerinnen verzichten auf Mutterglück und Mutterstress. Sind die Frauen in den Gebärestreik getreten – oder die Männer in den Zeugungsstreik?“<sup>9</sup> Um die Bedrohlichkeit des Szenarios recht drastisch zu veranschaulichen, bedient man sich der unterschiedlichsten Mittel. Die einen schrecken nicht davor zurück, Parallelen aus dunklen Epochen deutscher Vergangenheit heranzuziehen, wie zum Beispiel Jürgen Borchert am 22. Februar 2001 im Stern: „Im dreißigjährigen Krieg verlor Deutschland zwischen 1618 und 1648 zirka 30 bis 40 Prozent seiner Bevölkerung, und es dauerte weit über 100 Jahre, bis der Vorkriegsstandard der Lebenshaltung wieder erreicht wurde. Etwa die gleiche Größenordnung wird die Bevölkerungsschrumpfung in Deutschland bis zum Jahr 2030 ausmachen.“<sup>10</sup> Andere wiederum greifen zur Landkarte, um die drohende Entvöl-

kerung effektiv zu illustrieren. So schrieb Elisabeth Niejahr im Januar 2003 in der Zeit: „Was der demographische Wandel für Deutschland bedeutet, lässt sich mit einem Radiergummi vorführen. Man stelle sich vor, auf einer Deutschlandkarte würde ein Ort nach dem anderen ausradiert: erst Lübeck, dann Magdeburg, schließlich Erfurt und Kassel. Ungefähr 200.000 Einwohner müssten die Städte haben, denn so stark schrumpft nach Prognosen der Vereinten Nationen pro Jahr die Bevölkerung Deutschlands. Am Ende der kleinen Vorführung wäre das Jahr 2050 erreicht. Die Landkarte hätte 47 blanke Stellen. Wo Städte eingezeichnet waren, sind jetzt nur noch weiße Flecken übrig.“<sup>11</sup> Auch Heik Afheldt sieht die Lage ähnlich hoffnungslos. „Merkwürdig, der Blick in die Zukunft der Deutschen lässt erschreckende Entwicklungen erwarten“, klagte er zum Jahreswechsel 2001 in der Zeit. „Doch niemand scheint sich dafür zu interessieren. Nicht die Politik und nicht die Wirtschaft. Es geht um die absehbare dramatische Bevölkerungsentwicklung hierzulande. Die Lasten der Sozialsysteme drohen ihre Träger zu erdrücken, die Staatsquote wird explodieren, und die Unternehmer werden vergeblich nach jungen, gut ausgebildeten Nachwuchskräften Ausschau halten.“<sup>12</sup> Vergleicht man diese Prognosen dagegen mit Frank Schirmachers Visionen, könnte man sie fast noch als optimistisch einstufen. Denn der FAZ-Herausgeber verleiht der Problematik einen nahezu apokalyptischen Charakter und geht in seiner Betrachtungsweise weit über den politisch-ökonomischen Rahmen hinaus. Dabei rückt er den demografischen Wandel gar in eine anthropologische Dimension. Für den Autor des Bestsellers „Das Methusalem-Komplott“ geht es um nichts weniger als einen „Krieg der Genera-

9 Land ohne Lachen, Der Spiegel vom 5.1.2004.

10 Der Stern vom 22.2.2001.

11 Elisabeth Niejahr: Land ohne Leute – Die vergreiste Republik, Die Zeit 2/2003

12 Heik Afheldt: Die Bombe tickt ...doch die Politiker wollen nicht hören, Die Zeit 1/2002.

tionen“. „Es gibt Kriege mit Waffen, Steinen und Messern, und es gibt einen Krieg, der immer schon als seelischer Krieg geführt worden ist, das ist der Generationenkrieg“, äußerte er im März 2004 in einem Interview mit der *Netzeitung*. „Dieser Krieg hat in der Geschichte auch Gutes hervorgebracht, etwa den produktiven Konflikt zwischen Vätern und Söhnen. Mir geht es nun aber zunächst um die naheliegende Tatsache, dass eine große Zahl abhängiger, nicht mehr arbeitender Menschen ernährt wird von einer kleinen Anzahl von Arbeitenden. Dies ist nicht nur ein Renten- und Versorgungsproblem, denn in uns steckt biologisch konditioniert ein Affekt gegen Ältere.“<sup>13</sup>

Auch wenn man sicherlich einräumen kann, dass Schirmachers Thesen über den Rahmen des gängigen Meinungsbildes hinausgehen und vielfach auch Kritik hervorrufen, besonders was Stil und Wortwahl anbelangt,<sup>14</sup> so muss man sie doch als symptomatisch für einen Argumentationsstil ansehen, der weitgehend durch Emotionen bis hin zur Hysterie bestimmt wird.

## 2. Wieweit gibt die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung tatsächlich Anlass zur Dramatisierung?

Eine besondere Rolle in den derzeitigen politisch-ökonomischen Debatten spielt die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, die im Juni 2003 veröffentlicht wurde.<sup>15</sup> Die dort aufgestellten Berechnungen, die sich auf einen Zeitraum bis zum 31. Dezember 2050 erstrecken, werden sowohl von Seiten der Politik als auch der Medien gerne angeführt, um auf die besondere Dramatik der demografischen Entwicklung hinzuweisen. So heißt es zum Beispiel in einer Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherheit vom 3. Dezember 2003: „Parallel zur ungünstigeren Wirtschaftsentwicklung erhöht sich auch die demografische Last. Die Anfang Juni 2003 vorgestellte 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes geht davon aus, dass sich die

Lebenserwartung erfreulicherweise noch stärker erhöhen wird, als das bei der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung und damit bei der Rentenreform des Jahres 2001 angenommen wurde. Diese ökonomischen und demografischen Entwicklungen verursachen massiven Druck auf die Rentenfinanzen.“<sup>16</sup> Ob und wie weit eine solche Dramatik, wie sie hier vorgebracht wird, tatsächlich aus der Bevölkerungsprojektion des Statistischen Bundesamtes abgeleitet werden kann, soll im Folgenden untersucht werden.

### 2.1. Die Annahmen und Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Das Statistische Bundesamt erstellte seine Berechnung auf der Basis des Bevölkerungsstandes zum 31.12.2001. Dabei geben die Verfasser ausdrücklich zu bedenken, dass es sich bei den Bevölkerungsvorausberechnungen um keine Prognosen handelt, die die Zukunft vorhersagen. Ihr Ziel ist es vielmehr, „mit Fortschreibungsverfahren aufzuzeigen, wie sich Bevölkerungszahl und –struktur unter bestimmten Annahmen langfristig entwickeln würden. Da der Verlauf der maßgeblichen Einflussgrößen mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt immer schwerer vorhersehbar ist, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter.“<sup>17</sup> Es sind im Wesentlichen drei Annahmen, die den Berechnungen zu Grunde liegen:

<sup>13</sup> Krieg der Generationen, *Netzeitung.de* vom 25.3.2004.

<sup>14</sup> So etwa wirft *Volker Breidecker* in der *Süddeutschen Zeitung* vom 2.4.2004 dem FAZ-Herausgeber „mittelalterliche Totentänze und martialische Kriegsrhetorik“ vor, um dröhnend und raulend den bevorstehenden „Krieg der Generationen“ anzukündigen.

<sup>15</sup> Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Presseexemplar, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt 2003.

<sup>16</sup> Abteilung der Pressestelle des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherheit vom 3.12.2003 [http://www.bmgs.bund.de/deu/gra/themern/rente/index\\_4444.cfm](http://www.bmgs.bund.de/deu/gra/themern/rente/index_4444.cfm).

<sup>17</sup> Bevölkerung Deutschlands bis 2050, S. 9.

**A. die Konstanz der Geburtenhäufigkeit auf dem bisherigen Niveau:**

Bei den Berechnungen wird die so genannte „zusammengefasste Geburtenziffer“ zu Grunde gelegt. Darunter versteht man die durchschnittliche Kinderzahl, die eine Frau im Laufe ihres Lebens hätte, wenn die Verhältnisse des betrachteten Jahres von ihrem 15. bis zu ihrem 49. Lebensjahr konstant blieben. Man geht davon aus, dass die Frauen in den alten Bundesländern, wie dies bereits jetzt der Fall ist, auch weiterhin 1,4 Kinder zur Welt bringen werden. Für die neuen Länder wird bis 2010 eine Angleichung der jetzigen Geburtenhäufigkeit von 1,2 Kindern pro Frau an das Niveau in Westdeutschland erwartet.<sup>18</sup> Für die Begründung dieser Annahmen wird auf „eine ganze Reihe ökonomischer, sozialer und psychologischer Faktoren“ verwiesen, die jedoch im Einzelnen nicht weiter erläutert werden. Kritisch Bezug genommen wird auch auf eine Bevölkerungsprojektion der Vereinten Nationen vom September 2003, der zu Folge die Geburtenhäufigkeit in den Staaten mit sehr niedrigem Geburtenniveau, darunter auch Deutschland, kontinuierlich zunehmen wird. Demnach würde für die Bundesrepublik als Zielgröße für das Jahr 2050 eine zusammengefasste Geburtenziffer von 1,85 angenommen, ein Wert, den die Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes jedoch als „viel zu optimistisch“ einstufen.<sup>19</sup>

**B. eine zunehmend höhere Lebenserwartung:**

Ausgangspunkt der Überlegungen ist die deutliche Zunahme der Lebenserwartung und damit Lebensdauer der Menschen in Deutschland. Außerdem wird darauf Bezug genommen, dass sich die zu erwartende weitere Lebenszeit, die so genannte fernere Lebenserwartung, für die ältere Bevölkerung in Deutschland verlängert hat. So kann ein heute 60-jähriger Mann damit rechnen, dass er noch etwa 19 Jahre leben wird, während es vor 100 Jahren nur zirka 13 Jahre waren.<sup>20</sup> Dabei registrieren die Verfasser eine Angleichung der alten und neuen Bundesländer. Wäh-

rend die Lebenserwartung Anfang der 1990er Jahre in den neuen Ländern noch um drei Jahre geringer war als im früheren Bundesgebiet, ist sie in Ostdeutschland während des letzten Jahrzehnts stärker gestiegen, so dass sich der Unterschied zu Westdeutschland auf 1,6 Jahre bei Jungen und 0,6 Jahre bei Mädchen reduzierte. Man geht davon aus, dass sich die Lebenserwartung bis zum Jahre 2020 in den alten und neuen Ländern vollkommen angleichen wird.<sup>21</sup> Die Verfasser erwarten, dass sich die Lebensdauer der Menschen in Deutschland weiter verlängern wird. Dabei berufen sie sich auf die bisherige Entwicklung sowie die Lebenserwartung in anderen entwickelten Staaten. Darüber hinaus verweisen sie auf stetige Verbesserungen in der medizinischen und sozialen Versorgung der Bevölkerung und gesundheitsbewusste Lebensweisen.<sup>22</sup> Für die Vorausberechnung wurde mit drei verschiedenen Annahmen gearbeitet. Bei der ersten Annahme wurden die international bereits heute erreichten niedrigsten Sterbewahrscheinlichkeiten als Ziel für Deutschland im Jahre 2035 zu Grunde gelegt. Der sich daraus ergebende Trend wurde dann in leicht abgeschwächter Form bis 2050 fortgeschrieben. Bei den Annahmen zwei und drei wurde die Verringerung der Sterblichkeit in den letzten 30 Jahren seit der Volkszählung 1970 zum Ausgangspunkt für die zukünftige Entwicklung der Lebenserwartung genommen. Die daraus abzuleitende Tendenz wurde bei diesen beiden Modellannahmen mit unterschiedlich vermindertem Tempo fortgeschrieben. Während man bei der zweiten, mittleren Annahme eine stärkere Abschwächung des Anstiegs der Lebenserwartung zu Grunde legte, ging man bei der dritten Annahme davon aus, dass sich

<sup>18</sup> Bevölkerung Deutschlands bis 2050, S. 10.

<sup>19</sup> Bevölkerung Deutschlands bis 2050, S. 13.

<sup>20</sup> Bevölkerung Deutschlands bis 2050, S. 14 ff.

<sup>21</sup> Bevölkerung Deutschlands bis 2050, S. 17.

<sup>22</sup> Bevölkerung Deutschlands bis 2050, S. 19.

**Tabelle 1:** Übersicht der Annahmen zur künftigen Entwicklung der Lebenserwartung

	Lebenserwartung								Zuwachs an Lebenserwartung in Jahren im Vergleich zum Durchschnitt von 1998 bis 2000					
	1998 bis 2000		Annahmen für 2050						Annahme L1		Annahme L2		Annahme L3	
	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W
Bei Geburt	74,8	80,8	78,9	85,7	81,1	86,6	82,6	88,1	4,1	4,9	6,3	5,8	7,8	7,3
Im Alter von 60 Jahren	19,2	23,5	22,0	27,7	23,7	28,2	24,9	29,4	2,8	4,2	4,5	4,7	5,7	5,9

M = männlich, W = weiblich

Datenquelle: Bevölkerung Deutschlands bis 2050  
10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung  
Statistisches Bundesamt  
Presseexemplar vom 6.6.2003

diese Steigerung nur wenig verlangsamt. Nach der mittleren Modellannahme, die übrigens den meisten Veröffentlichungen, auch des Statistischen Bundesamtes, zu Grunde liegt, wird die Lebenserwartung neugeborener Jungen im Jahr 2050 81,1 und die der Mädchen 86,6 Jahre betragen, also rund sechs Jahre mehr als heute (74,8 und 80,8 Jahre). Laut der ersten Annahme ist der Anstieg bei den Jungen um zwei und bei den Mädchen um ein Jahr geringer. Nach der dritten Annahme dagegen ergibt sich eine Lebenserwartung für beide Geschlechter, die um etwa 1,5 Jahre höher liegt als in der mittleren Annahme<sup>23</sup> (Tabelle 1).

**C. Saldo zwischen Zu- und Abwanderungen:** Zunächst wird eingeräumt, dass sich der künftige Wanderungssaldo, d.h. die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen, anders als die Geburtenhäufigkeit kaum aus einem Trend früherer Entwicklungen ableiten lässt. Dennoch glaubt man, einige Tendenzen anführen zu können, die bei den Annahmen zum künftigen Bevölkerungssaldo, das sich aus der nach Deutschland zugezogenen deutschstämmigen und der nichtdeutschen Bevölke-

rung zusammensetzt, berücksichtigt werden sollten. Zum einen wird darauf verwiesen, dass der Wanderungssaldo in den letzten 50 Jahren vorwiegend positiv war und im Jahresdurchschnitt knapp 200.000 betrug, wobei Ausländerinnen und Ausländer etwa 150.000 Personen stellten. Zum anderen stellt man einen „Verjüngungseffekt“ bei der ausländischen Bevölkerung fest, der darauf zurückzuführen ist, dass die nach Deutschland zuziehenden ausländischen Personen im Durchschnitt jünger als die fortziehenden sind. Was die Aussiedlerinnen und Aussiedler aus Mittel- und Osteuropa betrifft, registriert man einen Rückgang des Zuzugs seit Anfang der 90er Jahre. Für die zukünftige Entwicklung der Außenwanderungen werden einige Faktoren angeführt, die einen Einfluss auf das Geschehen ausüben könnten. So erwartet man weiterhin ein demografisches und ökonomisches Gefälle zwischen Deutschland und den typischen Herkunftsländern der Einwanderer. Dies müsse zwar nicht zwangsläufig zu einer

23 Bevölkerung Deutschlands bis 2050, S. 19 f.

Zuwanderung führen, begründe jedoch ein Wanderungspotenzial. Darüber hinaus hält man es für möglich, dass neue Flüchtlings- und Asylbewerberwellen durch Kriege und politische Krisen ausgelöst werden und verweist auf die ab 2011 beschlossene Freizügigkeit in der erweiterten Europäischen Union. Dagegen rechnet man mit einer sich abschwächenden Tendenz in Bezug auf den Zustrom von Aussiedlerinnen und Aussiedlern. Dies führe dazu, dass sich die Zu- und Fortzüge der Deutschen bis 2040 ausgleichen werden. Insgesamt wird für den Zeitraum von 2003 bis 2040 mit einem Wanderungsgewinn von 860.000 deutschen Personen gerechnet. Für die Wanderungsbewegungen ausländischer Personen wurden drei Modellannahmen aufgestellt. Während die erste Annahme von einem jährlichen Wanderungsüberschuss von 100.000 Personen ab 2003 ausgeht, sind es nach der zweiten Annahme 200.000. Mit dieser Spanne will man den langjährigen Durchschnitt der Wanderungsbewegungen von Ausländern erfassen. Da man jedoch in Betracht zieht, dass es in Zukunft zu höheren Wanderungssalden kommen könnte, trifft man

eine dritte Annahme, der zu Folge sich das jährliche Wanderungssaldo ab 2011 von 200.000 auf 300.000 erhöht. Der Gesamtsaldo der Außenwanderungen im Zeitraum von 2003 bis 2050 beträgt nach der ersten Annahme ca. 5,7 Millionen, nach der zweiten ca. 10,5 Millionen und nach der dritten 14,5 Millionen<sup>24</sup> (**Tabelle 2**).

## 2.2. Die einseitige Interpretation der Ergebnisse

Die genannten Annahmen stellen die Grundlage dar, um den Bevölkerungsaufbau für alle Folgejahre zu berechnen. Der Schwerpunkt in der öffentlichen Darstellung wurde auf das Jahr 2050 gelegt. Aber auch die Zustände in den Zwischenzeitpunkten 2010, 2020, 2030 und 2040 wurden dargestellt. Da die veröffentlichten Ergebnisse, wie die Verfasser der Bevölkerungsvorausberechnung ja selbst betonen, lediglich Modellcharakter haben, handelt es sich streng genommen um rein hypothetische Zahlen, denen ausschließlich ein

<sup>24</sup> Bevölkerung Deutschlands bis 2050, S. 20 ff.

**Tabelle 2:** Übersicht der Annahmen zur künftigen Entwicklung der Außenwanderungen

Annahme	jährlicher Wanderungssaldo		Kumulierte Wanderungsgewinne bis zum Jahr 2050 (Deutsche + Ausländer/innen)
	Deutsche	Ausländer/innen	
W1	Schrittweiser Abbau der Wanderungsgewinne von jährlich	100.000	5.660.000
W2	80.000 bis zum Nullniveau im Jahr	200.000	10.460.000
W3	2040	200.000 ab dem Jahr 2011 300.000	14.460.000

Datenquelle: Bevölkerung Deutschlands bis 2050  
10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung  
Statistisches Bundesamt  
Presseexemplar vom 6.6.2003

stochastischer Wert zugesprochen werden kann. Dies scheint der Präsident des Statistischen Bundesamtes Johann Hahlen jedoch völlig anders zu sehen. In seinen Augen verwandeln sich die von seinen Mitarbeitern erbrachten Resultate mit einem Mal in hieb- und stichfeste Prognosen, denen ein quasi naturgesetzlicher Rang zugesprochen wird. „Die Alterung“, so kommentierte er auf der Pressekonferenz zur Vorstellung der Modellrechnung am 6. Juni 2003, „wird also nicht erst in 50 Jahren zu Problemen führen, sondern bereits in den nächsten beiden Jahrzehnten eine große Herausforderung für Wirtschaft, Gesellschaft sowie vor allem für die sozialen Sicherungssysteme darstellen. Diese Entwicklung ist vorgegeben und unausweichlich: ...“<sup>25</sup> Angesichts der Tatsache, dass das Statistische Bundesamt bis 2020 einen eher moderaten Anstieg des Altenquotienten errechnet, muss man sich fragen, wie eine solche Fehlinterpretation möglich sein kann? Da man Herrn Hahlen nicht unterstellen möchte, dass er die Veröffentlichung seiner Behörde selbst gar nicht gelesen hat, bleibt eigentlich nur der Verdacht, dass es sich um eine gezielte, politisch motivierte Interpretation handelt. Die mediale Berichterstattung, ohnehin immer dazu geneigt, holzschnittartige Thesen einer distanzierteren und differenzierteren Betrachtungsweise vorzuziehen, übernahm diese Sichtweise nahezu kritiklos. So konnte in der Öffentlichkeit ein Bild entstehen, das in weiten Teilen den Charakter eines Schreckensgemäldes besitzt und feinerer Nuancen fast vollständig entbehrt. Umso sinnvoller dürfte es daher sein, die Ergebnisse der Studie einer aufmerksamen Betrachtung zu unterziehen. Dabei soll der Schwerpunkt auf die „mittlere“ Variante 5 gelegt werden, die auch den meisten Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes und der Presse zu Grunde liegt.

### 2.3. Moderate Entwicklung bis zum Jahre 2020

Durch die Kombination der oben beschriebenen drei Annahmen ergaben sich neun verschiedene Szenarien zur zukünftigen Bevöl-

kerungsentwicklung von 2002 bis 2050, die als Varianten 1 bis 9 bezeichnet werden. Für den gesamten Zeitraum wurde eine konstante Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern pro Frau angenommen<sup>26</sup> (Tabelle 3).

Zunächst soll untersucht werden, welche möglichen Verläufe die Entwicklung der Bevölkerungszahl auf der Grundlage der verschiedenen Varianten nehmen. Anschließend wird sich die Aufmerksamkeit auf die Veränderungen in der Altersstruktur richten. Der Einfachheit halber soll sich die Betrachtung auf die Varianten 1, 5 und 9 beschränken. Die geringste Bevölkerungszahl resultiert aus der Variante 1, die von einem niedrigen Wanderungssaldo von mindestens 100.000 pro Jahr sowie einer geringen durchschnittlichen Lebenserwartung für 2050 von 79 Jahren für Männer und 86 Jahren für Frauen ausgeht. Aus der Variante 5, bei der man im Jahre 2050 ein mittleres Wanderungssaldo von mindestens 200.000 pro Jahr sowie eine mittlere durchschnittliche Lebenserwartungsannahme von 81 Jahren für Männer und 87 Jahren für Frauen zu Grunde legt, ergibt sich eine so genannte „mittlere“ Bevölkerungszahl. Der höchste Wert leitet sich aus der Variante 9 ab, die auf ein hohes jährliches Wanderungssaldo von 300.000 ab dem Jahr 2011 sowie eine hohe durchschnittliche Lebenserwartung von 83 Jahren für Männer bzw. 88 Jahren für Frauen für 2050 zu Grunde legt.<sup>27</sup>

Wie sieht nun, ausgehend von der empirischen Basisgröße von 82,5 Millionen für den 31.12.2001, der weitere Verlauf der Bevölkerungsentwicklung aus? Bis zum Jahre 2010 gibt es zunächst einmal kaum nennenswerte Veränderungen. Dabei werden bei den drei Varianten nur sehr geringe Unterschiede sichtbar. Während die Bevölkerungszahl auf Grund der Variante 1 82,0 Millionen beträgt, sind es laut Variante 5 83,0 und laut Variante 9 83,1 Millionen. Die Veränderungen betragen also in allen Fällen weniger als ein Prozent. Auch im Laufe des folgenden Jahrzehnts ergeben

25 [www.destatis.de/presse/pm2003/p2301022.htm](http://www.destatis.de/presse/pm2003/p2301022.htm).

26 Bevölkerung Deutschlands bis 2050, S. 25.

27 Bevölkerung Deutschlands bis 2050, S. 26.

**Tabelle 3:** Varianten der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Die Geburtenhäufigkeit wird in allen Varianten während des gesamten Prognosezeitraums als konstant angenommen (durchschnittlich 1,4 Kinder pro Frau).

Annahmen zum langfristigen Außenwanderungssaldo bis zum Jahr 2050			Annahmen zur Lebenserwartung (LE) im Jahr 2050		
			bei Geburt (bzw. im Alter von 60 Jahren)		
			M: 78,9 (fernere LE: 22,0)	M: 81,1 (fernere LE: 23,7)	M: 82,6 (fernere LE: 24,9)
			W: 85,7 (fernere LE: 22,0)	W: 86,6 (fernere LE: 28,2)	W: 88,1 (fernere LE: 29,4)
Deutsche	Ausländer/ innen		L1	L2	L3
Schrittweiser Abbau des Wanderungs- überschusses von jährlich 80.000 bis zum Nullniveau im Jahr 2040 (gilt für alle Varianten)	100.000	W	Variante 1 (niedrigste Bevölkerungs- zahl)	Variante 4	Variante 7 („relativ alte“ Bevölkerung)
	200.000	W2	Variante 2	Variante 5 („mittlere Bevölkerung“)	Variante 8
	200.000 ab dem Jahr 2011	W3	Variante 3 („relativ junge“ Bevölkerung)	Variante 6	Variante 9 (höchste Bevölkerungs- zahl)
	300.000				

M = männlich, W = weiblich

Datenquelle: Bevölkerung Deutschlands bis 2050  
10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung  
Statistisches Bundesamt  
Presseexemplar vom 6.6.2003

sich nur relativ geringe Bewegungen, wobei die Differenz zwischen den einzelnen Varianten etwas ansteigt. Im Jahre 2020 ergibt sich laut Variante 1 ein Wert von 80,0 Millionen. Das ist eine Differenz von 2,4 Millionen gegenüber dem Basisjahr 2002 und eine Verringerung um 2,2 Prozent. Legt man Variante 5 zu Grunde, so liegt die Bevölkerungszahl 2020 bei 82,8 Millionen. Damit würde die Zahl der Menschen in Deutschland gegenüber 2002 sogar leicht um 0,36 Prozent ansteigen. Ein noch deutlicherer Zuwachs folgt aus Variante 9. Hier beträgt die Zahl für 2020 84,0 Millionen, was ein Bevölkerungswachstum von immerhin 1,88 Prozent gegenüber 2002 bedeuten würde.<sup>28</sup> Fasst man die Ergebnisse von 2002 bis 2020 zusammen, so wird man auch bei eifrigstem Bemühen keinen Hinweis auf einen dramatischen Bevölkerungsschwund in

Deutschland daraus ableiten können (**Tabelle 4**).

#### 2.4. Zunehmende Differenzierung zwischen den einzelnen Varianten bis zum Jahre 2050

Aber auch für die weitere Zukunft trifft dies, soweit man sich auf das Material des Statistischen Bundesamtes stützt, in der Form, wie es oft dargestellt wird, nicht zu. Eine deutliche Absenkung der Bevölkerungszahlen ergibt sich lediglich bei Variante 1. Demnach würde die Bevölkerung 2030 auf 76,7 Millionen, 2040 auf 72, 2 Millionen und 2050 auf

<sup>28</sup> Bevölkerung Deutschlands bis 2050, Anhang A, Tabelle 11.

**Tabelle 4:** Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland von 2002 bis 2050 nach der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung – Basis 31.12.2001  
in 1000 Personen

Jahr jeweils 31.12.	Variante 1 insgesamt niedrigste Bevölkerung	Veränderung in % gegenüber 2002	Variante 5 insgesamt mittlere Bevölkerung	Veränderung in % gegenüber 2002	Variante 9 insgesamt höchste Bevölkerung	Veränderung in % gegenüber 2002
2002	82.522,3		82.522,3		82.522,3	
2010	82.006,4	-0,63	83.066,2	+0,66	83.091,9	+0,69
2020	80.048,4	-2,20	82.822,1	+0,36	84.070,2	+1,88
2030	76.665,2	-7,10	81.220,3	-1,58	83.949,4	+1,73
2040	72.217,3	-12,49	78.539,4	-4,83	82.899,6	+0,46
2050	67.046,2	-18,75	75.117,3	-8,97	81.252,5	-1,54

Datenquelle: Bevölkerung Deutschlands bis 2050  
10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung  
Statistisches Bundesamt  
Presseexemplar vom 6.6.2003

67,0 Millionen sinken. Dieser letzte Wert ergäbe somit in 50 Jahren einen Rückgang um 18,75 Prozent. Allerdings sollte man bedenken, dass man sich selbst mit dieser Bevölkerungszahl in einem Bereich bewegt, der in etwa dem des Jahres 1950 für Gesamtdeutschland entspricht, also einer Zeit, die vor allem in West-, aber auch in Ostdeutschland durch die Aufnahme Millionen Vertriebener aus den ehemaligen Ostgebieten geprägt war. Noch deutlicher jedoch relativiert sich die Dramatik wenn man die Varianten 5 und 9 zu Grunde legt. Laut Variante 5 gehen die Bevölkerungszahlen bis 2050 auf 75,1 Millionen zurück. Das wäre ein Schwund von 8,97 Prozent gegenüber heute. Ausgehend von Variante 9, bei der man auf 81,3 Millionen kommt, würde der Rückgang sogar nur 1,5 Prozent betragen.<sup>29</sup> **Dass die einzelnen Varianten so stark voneinander abweichen, mag deutlich machen, auf welch dünnem Eis sich Vorausberechnungen über einen derart langen Zeitraum bewegen.**

### 3. Der fragile Charakter der Bevölkerungsstatistik

Dass Bevölkerungsstatistik schwerlich den Status einer exakten Naturwissenschaft beanspruchen kann, dürfte unter Statistikern unumstritten sein. Nicht zuletzt deshalb verbietet es sich, die Zunft für den Missbrauch, der mit Ihren Arbeiten betrieben wird, verantwortlich zu machen. Anders als die lärmende Propaganda nahe legen würde, die die Ergebnisse mühevoller, detailreicher Forschung gerne in griffige Formeln verwandelt, zeichnen sich Wissenschaftler selbst zuweilen durch ein erstaunliches Maß an Bescheidenheit aus. So formulierte der Wiesbadener Statistiker Karl Schwarz auf einem Vortrag im Rahmen der Statistischen Woche im September 2002 in Nürnberg: „Wir sind alle keine Propheten und werden es auch in Zukunft nicht sein. Stimmen Vorausschätzung und Wirklichkeit trotzdem überein, ist dies i.d.R. dem Zufall zu verdanken. Das beruht letztlich genau darauf, dass niemand alle Daten mit ihren Nebenwirkungen kennen kann, von denen die Zukunft abhängt. Viele Einflussfaktoren sind überdies nur verbal formulierbar und nicht zu quantifizieren, weil sie sich nicht zählen lassen. Dazu kommt die oft übersehene Interdependenz der Einflussgrößen.“<sup>30</sup> Schwarz weist ausdrück-

<sup>29</sup> Bevölkerung Deutschlands bis 2050, Anhang A, Tabelle 11.

<sup>30</sup> Karl Schwarz: Aus langjährigen Erfahrungen mit Bevölkerungsvorausschätzungen. In: Demografische Vorausschätzungen – Grenzen und Möglichkeiten, Methoden und Ziele, Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 2002, Heft 104, S. 107-111.

lich darauf hin, dass ein großer Teil der Zukunft auch dann ungewiss bleibt, wenn man Naturkatastrophen, Kriege und andere Erscheinungen höherer Gewalt außer Betracht lässt.<sup>31</sup> Anschließend stellt er einige Grundsätze auf, die seiner Auffassung nach beachtet werden sollten und hier in Auszügen wiedergegeben werden:<sup>32</sup>

- Die Übertragung von Beobachtungen aus der Vergangenheit in die Zukunft hat häufig nur dann Erfolg, wenn für die Vergangenheit eine gewisse Regelmäßigkeit zu verzeichnen war, was vor allem dann gelingt, wenn sich die Regelmäßigkeit mathematisch ausdrücken lässt, also als Trend sichtbar wird.
- Weit verbreitet ist die Angabe von Maximal- und Minimalwerten in der Annahme, dass die Wahrheit irgendwo dazwischen liege. Mitunter muss der Wert eines solchen Verfahrens vor allem dann bezweifelt werden, wenn die Spanne sehr groß ist, sodass man allenfalls von einem Szenarium sprechen kann. Es ist unfair, auf diese Weise dem Benutzer die ganze Verantwortung zuzuschieben und ihn dazu zu zwingen, auf den Mittelwert auszuweichen.
- Die Qualität einer Prognose hängt in der Hauptsache von der Güte der Annahmen ab, weniger von der Rechenmethode. Annahmen sind zu begründen. Es genügt z.B. bei den Annahmen über die Geburtenhäufigkeit nicht, diese, wie das heute weitgehend geschieht, konstant zu halten, weil sich seit 25 Jahren wenig geändert hat, ohne eine weitere Begründung heranzuziehen.
- Je weiter man sich von der Ausgangsbasis entfernt, umso stärker verlagert sich das Ergebnis einer Vorausschätzung zu den Eigenschaften eines Bevölkerungsmodells.

Man sieht, dass die Messlatte, die hier an die Arbeit der Statistiker gelegt wird, äußerst hoch ist. Auch wenn an dieser Stelle nicht näher untersucht werden soll, wie weit die 10. Bevölkerungsvorausberechnung diesen Prinzipi-

en im Einzelnen gerecht wird, dürfte zumindest deutlich werden, dass es in höchstem Maße schwierig ist, den geforderten hohen Standards gerecht zu werden.

### 3.1. Die Korrekturbedürftigkeit der Statistik in der Vergangenheit

Um sich ein Bild von der Treffsicherheit statistischer Vorhersagen zu machen, ist es sinnvoll, einen Blick in die Vergangenheit zu werfen und zu überprüfen, wie weit sich frühere Bevölkerungsvorausberechnungen im nachhinein als richtig erwiesen haben. Zu diesem Zweck sollen einige Berechnungen des Statistischen Bundesamtes untersucht werden.

**Die Bevölkerungsvorausberechnung mit Basisjahr 1951.** Zunächst soll die erste Berechnung des Statistischen Bundesamtes ins Visier genommen werden, die auf der Basis der Daten des Jahres 1951 erstellt wurde. Sie bezog sich auf das frühere Bundesgebiet ohne das Saarland und Westberlin und hatte einen Prognosehorizont von 30 Jahren. Charakteristisch für die Ausgangssituation waren zum einen eine hohe, aber noch wachsende Geburtenrate und zum anderen eine relativ hohe Sterblichkeit (insbesondere eine hohe Säuglingssterblichkeit), während die Wanderungssalden gering waren. Diese Faktoren prägten die Annahmen der Vorausberechnung, setzten sich jedoch in der tatsächlichen Entwicklung nicht fort. Das führte dazu, dass der vorausgeschätzte Bevölkerungsstand im Laufe der Zeit immer mehr von der Realität abwich. Schließlich lag der erwartete Bestand von knapp 50 Millionen Einwohnern nach 30 Jahren um 9 Millionen unter der tatsächlichen Bevölkerungszahl. Damit betrug die Differenz immerhin 16 Prozent. Was sind die Gründe für diese beträchtliche Abweichung? Zunächst wird man auf den seit Mitte der 1950er Jahre einsetzenden Geburtenanstieg verweisen müssen. Hatte die Zahl der Lebendgeborenen im Ausgangsjahr 1951 noch 762.000

<sup>31</sup> Karl Schwarz, S. 108.

<sup>32</sup> Karl Schwarz, S. 108 ff.

betragen, so stieg sie Mitte der 1960er Jahre auf über eine Million an. Damit wurde selbst die optimistische Variante der Berechnung, die von einer Zunahme der Fruchtbarkeitsziffer um 10 Prozent ausging, weit übertroffen. Deutlich unterschätzt wurde auch der Rückgang der Sterblichkeit bzw. die Erhöhung der Lebenserwartung. Dabei entfernte sich die tatsächliche Zahl der Sterbefälle Jahr für Jahr mehr von der vorhergesagten Entwicklung, sodass die geschätzte Zahl am Ende des Prognosezeitraumes (1981) mit 748.000 um 73.000, also 11 Prozent über der Realität von 675.000 Sterbefällen lag. Die mittlere Lebenserwartung war infolgedessen im Laufe von 30 Jahren wesentlich stärker gestiegen als zuvor angenommen wurde. So verzeichnete selbst die optimistische Variante der Prognose lediglich eine Zunahme von 2,4 Jahren bei Frauen und 2,5 Jahren bei Männern, während es in Wirklichkeit sechs bzw. acht Jahre waren. Die allergrößten Abweichungen resultierten jedoch aus der Zuwanderung, die durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte von Mitte der 1950er bis zum Ende der 1960er Jahre ausgelöst wurde. Während die mittlere Variante von einem ausgeglichenen Wanderungssaldo ausging, kamen tatsächlich pro Jahr 200.000 Menschen per saldo nach Deutschland.<sup>33</sup>

**Die Bevölkerungsvorausberechnung mit Basisjahr 1962.** Als nächstes soll eine Rechnung des Statistischen Bundesamtes für das frühere Bundesgebiet mit Basisjahr 1962 untersucht werden. Diese erstreckte sich auf einen Zeitraum von 37 Jahren und reichte somit bis zum Ende des zweiten Jahrtausends. Die Ausgangssituation war geprägt durch hohe Geburtenraten sowie eine weiter rückläufige Sterblichkeit. Darüber hinaus hatte man bereits gewisse Erfahrungen mit einer stärkeren Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte gesammelt. Während diese Faktoren in die Berechnungen einfließen, mussten andere Entwicklungen, die einige Jahre später einsetzten, unberücksichtigt bleiben. Nicht vorhersehbar war unter anderem der ab Mitte der 1960er Jahre einsetzende drastische Geburtenrückgang, der sein Tief Ende der

1970er Jahre erreichte. Aus diesem Grund wurde die Geburtenzahl für den Zeitraum ab Mitte der 1970er Jahre um etwa 50 Prozent zu hoch eingeschätzt. Außerdem fiel der Rückgang der Sterblichkeit und die damit verbundene Steigerung der Lebenserwartung deutlich stärker aus als angenommen wurde, sodass die tatsächliche Zahl der Sterbefälle Mitte der 1980er Jahre um 15 bis 20 Prozent hinter den Erwartungen zurückblieb. Andererseits schätzte man die Entwicklung der Zuwanderung als zu gering ein, wobei man davon ausging, dass der Zuwanderungssaldo bis zum Jahr 1970 auf Null sinken würde, was sich als gravierender Irrtum herausstellen sollte. Denn tatsächlich lag das Saldo der nach Deutschland einwandernden Personen im gesamten Prognosezeitraum bei durchschnittlich 270.000 Personen pro Jahr. Da sich die Fehleinschätzungen bei den einzelnen Komponenten jedoch zum Teil gegenseitig neutralisierten – die Unterschätzung der Wanderung und des Anstiegs der Lebenserwartung wurde von der Unterschätzung des Geburtenrückgangs kompensiert – wich der vorausgeschätzte Bevölkerungsstand nicht so deutlich von den tatsächlichen Zahlen ab, wie dies etwa noch in der Berechnung vom Anfang der 1950er Jahre der Fall gewesen war. Der auf Grund der mittleren Variante am Ende des Prognosezeitraums errechnete Wert von 63 Millionen lag somit nur 2,4 Prozent unter dem tatsächlichen Stand von 65 Millionen.<sup>34</sup>

**Die dritte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung mit Basisjahr 1969.** Es wäre nun ein Trugschluss, anzunehmen, dass die Treffsicherheit der Berechnungen im Laufe der Jahre immer weiter zugenommen hätte. Die dritte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes mit Basisjahr 1969, die einen Prognosezeitraum von 16 Jahren hatte, beweist das Gegenteil. Bereits nach kurzer Zeit übertraf die geschätzte Bevölkerungszahl die Realität in erheb-

<sup>33</sup> S. *Manfred Bretz*: Zur Treffsicherheit von Bevölkerungsvorausberechnungen, Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 11/2001, S. 906 – 921, S. 908 f.

<sup>34</sup> S. *Manfred Bretz*, S. 909

lichem Maße. Schließlich lag sie am Ende des Zeithorizontes (1985) um mehr als vier Millionen über dem tatsächlichen Bevölkerungsstand. Dies hing zum einen damit zusammen, dass wiederum die Geburtenrate zu hoch angesetzt war. Dadurch wurde die ebenfalls zu hoch angesetzte Sterblichkeit in ihren Auswirkungen überlagert. Während die zusammengefasste Geburtenziffer von 2,21 im Jahre 1969 auf 1,29 im Jahre 1984 sank, war man in der Vorausberechnung davon ausgegangen, dass der seit 1964 fallende Wert wieder ansteigen würde. Stattdessen setzte sich das deutliche Absinken fort und führte zu gravierenden Unterschieden zwischen erwarteter und tatsächlicher Geburtenzahl, sodass 1985 die vorausgeschätzte Geburtenzahl um ca. 60 Prozent über dem realen Wert lag. Auch die Entwicklung der Sterblichkeit wurde völlig falsch eingeschätzt. Während man in der Vorausberechnung lediglich von einem Rückgang der Säuglingssterblichkeit ausging und ansonsten keine Veränderungen der Sterblichkeit erwartete, stieg die Lebenserwartung während des Prognosezeitraums für beide Geschlechter um gut vier Jahre an. Entsprechend waren die Abweichungen zwischen geschätzter und tatsächlicher Zahl der Sterbefälle. So lag die erwartete Zahl der Gestorbenen in den Jahren 1984 und 1985 um etwa 20 Prozent höher, als es dann tatsächlich der Fall war. Der einzige Faktor, der relativ realistisch eingeschätzt wurde, war das Wanderungsverhalten.<sup>35</sup>

**Die Auftragsrechnung für das Bundesministerium des Innern mit Basisjahr 1978 (Deutsche) bzw. 1979 (Ausländer).** Die Auftragsrechnung mit Basisjahr 1978 bzw. 1979, deren Prognosezeitraum sich bis ins Jahr 2030 erstreckte, fand in einer Zeit statt, in der die Geburtenhäufigkeit auf geringem Niveau stagnierte, die Sterblichkeit jedoch weiter abnahm und die Lebenserwartung entsprechend anstieg. Die Zuwanderung hielt sich nach dem Anwerbestopp im Jahr 1973 in Grenzen und wurde hauptsächlich durch den Familiennachzug von Ausländern geprägt. Angesichts dieser Ausgangssituation ging man in der mittleren Variante der Bevölke-

rungsvorausberechnung von einer konstanten Geburtenhäufigkeit aus. Bezüglich der Sterblichkeit wurde angenommen, dass sich der bisherige Rückgang nicht weiter fortsetzt. Was die Wanderungsbewegungen betraf, so wurde selbst im Rahmen des Modells mit dem höchsten Zuwanderungsüberschuss lediglich ein jährlicher Saldo von 55.000 Personen erwartet. Auffällig ist, dass sich der auf dieser Grundlage geschätzte Bevölkerungsstand bis zur deutschen Vereinigung weit gehend mit der realen Bevölkerungszahl deckte. So waren im Jahre 1987 die beiden Werte mit ca. 61 Millionen nahezu identisch. Dies änderte sich jedoch schlagartig mit dem Fall der Mauer im Jahre 1989. Seitdem weichen die geschätzten Werte zunehmend von der tatsächlichen Entwicklung ab. Ende 1999 lag der Bevölkerungsstand des früheren Bundesgebiets schließlich mit 67 Millionen um acht Millionen Personen, also 12 Prozent, über dem erwarteten Stand. Einen besonderen Einfluss auf diese nicht vorhersehbaren demografischen Veränderungen hatte natürlich der stark anschwellende Zuzug von Bürgern aus der ehemaligen DDR. Hinzu kam ein erheblicher Zustrom von Aussiedlern und Asylbewerbern. Alles zusammen führte zu einer einmaligen Einwanderungswelle, sodass der Wanderungssaldo für das gesamte frühere Bundesgebiet 1989 und 1990 jeweils bei einer Million Menschen lag.<sup>36</sup>

**Die achte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung mit Basisjahr 1992.** Die achte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung bezog sich als erste koordinierte Vorausberechnung auf das gesamte Deutschland und umfasste einen Prognosezeitraum bis zum Jahre 2040. Wegen des unterschiedlichen demografischen Ausgangs mussten verschiedene Annahmen für Ost und West zu Grunde gelegt werden, wobei man allerdings von einer allmählichen Angleichung der Lebensverhältnisse ausging. Bereits in den ersten Jahren weist die Vorausberechnung Abweichungen vom wirklichen Verlauf auf. So

<sup>35</sup> S. Manfred Bretz, S. 909 f.

<sup>36</sup> S. Manfred Bretz, S. 910 f.

wurde die Zunahme des Bevölkerungsstandes zu hoch eingeschätzt, was dazu führte, dass das Ergebnis der Modellrechnung in der mittleren Variante Ende 1999 mit 84 Millionen um mehr als eine Million – also zwei Prozent – über dem tatsächlichen Stand lag. Überschätzt wurde vor allem die Außenwanderung. Während man in der mittleren Variante, ausgehend von einem extrem hohen Wanderungssaldo von etwa 600.000 Personen im Jahre 1992, bis zum Ende der 1990er Jahre einen jährlichen Überschuss von weit über 300.000 Menschen erwartete, fiel die tatsächliche Zuwanderung deutlich geringer aus und lag in den Jahren 1997 und 1998 sogar unter 100.000.<sup>37</sup>

**Vergleicht man die bei den einzelnen Vorausberechnungen auftretenden Abweichungen vom tatsächlichen Verlauf der Entwicklung, so wird deutlich, dass vor allem abrupte Veränderungen die Berechnungen enorm erschweren. Jedes Modell orientiert sich zwangsläufig an der Ausgangssituation seiner Entstehungszeit und neigt dazu, deren Konstanz auch in der Zukunft vorauszusetzen.** Nicht zuletzt wegen dieser großen Unsicherheiten bei den Modellannahmen sieht sich das Statistische Bundesamt meistens schon nach kurzer Zeit gezwungen, neue Berechnungen vorzunehmen. Deshalb betrug die „Lebensdauer“ der letzten neun koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen im Schnitt ganze vier Jahre. So wurden beispielsweise allein in den 1990er Jahren vier Berechnungen veröffentlicht, und zwar in eigener Regie 1992, 1994 und 2000. Zusätzlich wurde 1996 eine im Auftrag des Bundesministeriums des Innern durchgeführte Rechnung publiziert. Dass besonders langfristige Prognosen mit einem erheblichen Unsicherheitsfaktor verbunden sind, soll ein Beispiel illustrieren: In seiner siebten, 1992 veröffentlichten Vorausberechnung ermittelte das Statistische Bundesamt für das Jahr 2030 einen Bevölkerungsstand von 69,9 Millionen Einwohnern.<sup>38</sup> Nur zwei Jahre später, in der 1994 publizierten achten Vorausberechnung, lag der entsprechende Wert je nach Variante um 3,8 bis 11,2 Millionen höher.<sup>39</sup>

### 3.2. Ein Gedankenexperiment: Wie zuverlässig wäre eine Prognose von vor 50 Jahren für heute gewesen?

Dass man „50-Jahres-Prognosen“ heutzutage immer noch als zuverlässige Vorhersagen wertet, ist angesichts der zuletzt geschilderten Unsicherheiten und Probleme nahezu unverständlich. Wie waghalsig und abenteuerlich der Versuch ist, die Entwicklung eines halben Jahrhunderts statistisch vorwegzunehmen, lässt sich besonders deutlich veranschaulichen, wenn man die Blickrichtung umkehrt und sich vorstellt, wie eine Schätzung vor 50 Jahren ausgesehen hätte, mit der man die demografische Situation des Jahres 2000 hätte erfassen wollen. Was hätte eine solche „Vorhersage“ alles übersehen müssen? Wie bereits im letzten Kapitel gezeigt wurde, waren es nicht zuletzt die Wanderungsbewegungen, die zu unvorhersehbaren Entwicklungen führten. Das betrifft zunächst den seit Mitte der 1950er Jahre einsetzenden Zuzug ausländischer Arbeitskräfte und ihrer Familien. Einen weiteren gravierenden Einschnitt stellte die Öffnung der Grenzen im Osten und die damit verbundene Zuwanderung von etwa 2,5 Millionen Aussiedlern nach Deutschland dar. Hinzu kamen Veränderungen in der Mentalität der Menschen, die einen Einfluss auf Fortpflanzung und Gebärverhalten hatten. Hier ist vor allem auf die Verbreitung der Anti-Baby-Pille hinzuweisen, die seit den 1960er Jahren zu einer effizienteren Familienplanung führte und die Voraussetzung für die sexuelle Selbstbestimmung der Frau ein gutes Stück verbesserte. Damit einhergehend setzte sich immer mehr der Trend zur Kleinfamilie durch. Darüber hinaus erleben wir in den letzten Jahrzehnten eine verstärkte Tendenz zum Individualismus und zum Single-Dasein. All diese Faktoren hätten auch die besten Berechnungsprogramme nicht erfassen können, denn auch diese sind immer nur in der Lage, bekannte Trends fortzuschreiben. Noch deutlicher jedoch lässt sich die Problematik zuspitzen, wenn man den

37 S. Manfred Bretz, S. 913 f.

38 Wirtschaft und Statistik 4/1992.

39 Wirtschaft und Statistik 7/1994.

Blick ein weiteres halbes Jahrhundert zurück-schweifen lässt und annimmt, es hätte ein Bevölkerungsstatistiker im Jahre 1900 eine 50-Jahresprognose gewagt. Diese wäre schon allein daran gescheitert, dass zwei Weltkriege hätten übersehen werden müssen. **Wenn es nun in der Vergangenheit unmöglich war, derart weit in die Zukunft vorauszublicken, warum sollte dies dann in unserer heutigen immer schnelllebigeren Zeit auf einmal anders sein?**

### 3.3. Die Beeinflussbarkeit der Modellannahmen durch die Politik

Auch wenn Politik und Presse die demografische Entwicklung gerne als unveränderbaren Prozess darstellen, der mit der Zwangsläufigkeit eines Uhrwerks abläuft, so dürfte sich dennoch nur schwer leugnen lassen, dass die Modellannahmen der Bevölkerungsvorausbe-rechnung auch durch politische Entscheidungen zu beeinflussen sind. Das trifft zumindest auf zwei der wichtigsten Parameter zu: 1. die Kinderzahl pro Frau, 2. den Wanderungsüberschuss.

Zu 1. Eine familien- und kinderfreundliche Politik, die die Berufschancen für Mütter verbessert, kann zu einer sichtbaren Erhöhung der Geburtenrate führen. Dies wird deutlich, wenn man sich das Beispiel Frankreichs vor Augen hält. Dort ist es gelungen, mit Hilfe einer entsprechenden Politik die Anzahl der Kinder pro Frau von 1,65 im Jahre 1993 auf 1,88 im Jahre 2000 zu erhöhen. Das ist immerhin eine Steigerung um 14 Prozent. Offensichtlich hält die Unsicherheit hinsichtlich der Berufschancen viele Paare heute davon ab, ihren Wunsch nach Kindern zu verwirklichen.

Zu 2. Dass der Zuzug von Ausländern nach Deutschland eine Frage der Ausländer-, Europa- und Integrationspolitik ist, ist unbestreitbar. Das betrifft besonders die Einwanderung von EU-Bürgern aus den neuen Beitrittsländern. Vor allem nach Einführung der vollständigen Freizügigkeit für Arbeitnehmer dürfte die Attraktivität Deutschlands einen entscheidenden Einfluss auf die Einwanderung europäischer Mitbürger ausüben. Nicht zu vergessen

ist auch ein möglicher EU-Beitritt der Türkei, eines Landes mit immerhin mehr als 70 Millionen Menschen. Dass dies immense Auswirkungen auf den Bevölkerungsstand Deutschlands haben könnte, lässt sich leicht ausmalen.

Auch die dritte wichtige Modellannahme, der Anstieg der Lebenserwartung um etwa sechs Jahre, dürfte kaum als sichere Prognose betrachtet werden können. Hier könnten negative Faktoren wirksam werden, die aus einer ungesunden Lebensführung resultieren. So hört man gerade in der letzten Zeit immer wieder von erschreckenden Entwicklungen, die die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen betreffen. Bereits 25 Prozent der Kinder leiden unter Fettleibigkeit. Hinzu kommen Bewegungsarmut sowie ein frühzeitiger Konsum von Alkohol, Nikotin und Drogen. Hier wird man als Ursache u.a. auch gewisse negative gesellschaftliche Phänomene wie Verwahrlosung, Leistungsdruck oder Perspektivlosigkeit verantwortlich machen müssen. Darüber hinaus lässt sich ein Zusammenhang zwischen Einkommen und Gesundheit nachweisen. Erwiesenermaßen sind Personen mit niedrigen Einkommen weniger gesund und deutlich unzufriedener mit ihrem Gesundheitszustand als solche mit höherem Einkommen.<sup>40</sup> Man wird daher den Bogen sicher nicht überspannen, wenn man davon ausgeht, dass sich negative Veränderungen in der Sozialstruktur langfristig auch auf die Lebenserwartung der betroffenen Bevölkerungsgruppen auswirken werden.

### 4. Entschärfte Dramatik auch bei zutreffender Bevölkerungsvorausbe-rechnung

Um die Brisanz der demografischen Veränderungen zu illustrieren, wird mit Vorliebe auf die Entwicklung des Altenquotienten verwiesen. Während 2001 auf hundert Menschen

<sup>40</sup> S. Evelyn Grünheid: Einflüsse der Einkommenslage auf Gesundheit und Gesundheitsverhalten. Ergebnisse des Lebenserwartungssurveys des BIB, Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 2004, Heft 1021, S. 85.

mittleren Alters (20 bis unter 60 Jahre) 43,9 Ältere kommen, wächst dieses Verhältnis laut Variante 5 der 10. Bevölkerungsvorausberechnung im Jahre 2050 auf 77,8 an.<sup>41</sup> Dieser Wert, der in dieser oder einer abgewandelten Form wie ein Menetekel durch die öffentlichen Debatten geistert, soll die immense Belastung verdeutlichen, der die erwerbsfähigen Menschen in Zukunft ausgesetzt seien, um den Lebensunterhalt einer lawinenartig anschwellenden älteren Bevölkerung zu finanzieren. Dass unsere Gesundheits- und Rentensysteme unter dieser Last zusammenbrechen, wenn nicht schon jetzt einschneidende Schnitte und Kürzungen vorgenommen werden, wird dabei fast wie selbstverständlich impliziert. Wie im Folgenden aufgezeigt werden soll, wird die Dramatik, die mit einer solchen „Überalterung“ verbunden wäre, bei weitem überschätzt. Einmal angenommen, die Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5 würden den Bevölkerungsstand des Jahres 2050 exakt vorwegnehmen, wären die Konsequenzen in Wahrheit deutlich weniger dramatisch, als dies vielfach behauptet wird.

41 Bevölkerung Deutschlands bis 2050, S. 32.

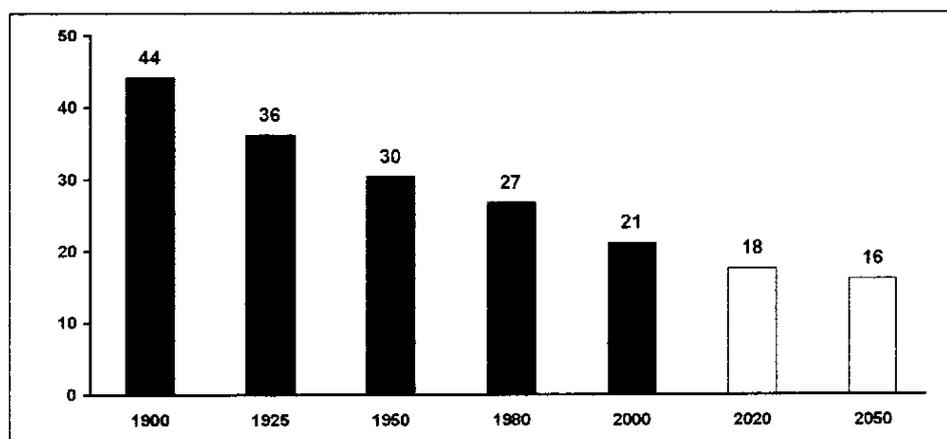
#### 4.1. Relativierung der Dramatik durch Vergleiche mit der früheren Bevölkerungsentwicklung

Die heute als dramatisch beschriebene Entwicklung, dass die Menschen zunehmend älter werden und immer weniger Kinder bekommen, prägte schon das gesamte letzte Jahrhundert. Es handelt sich also keineswegs um ein plötzlich aufgetretenes neues Ereignis, sondern um einen kontinuierlichen, langfristigen Prozess. Die Frage, ob dies zu einer Bedrohung unseres Lebensstandards führt, soll zuerst anhand einer Rückschau untersucht werden. In den Abschnitten 4.2. bis 4.5 wird der Blick dann konsequent in die Zukunft gerichtet.

Betrachtet man die soziale Entwicklung des letzten Jahrhunderts, so zeigt sich ein deutlicher Ausbau der staatlichen Sozialsysteme. Dieser Ausbau wurde möglich, obwohl die Gesellschaft immer älter wurde. Die Verringerung der Kinderzahl und der Anstieg der Lebenserwartung fiel im Laufe des 20. Jahrhunderts sogar deutlich stärker aus, als es vom Statistischen Bundesamt für die Zukunft berechnet wurde.

Ein einfacher Blick auf die Zahlen soll das belegen (**Abbildung 1**).

**Abbildung 1:** Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in Prozent



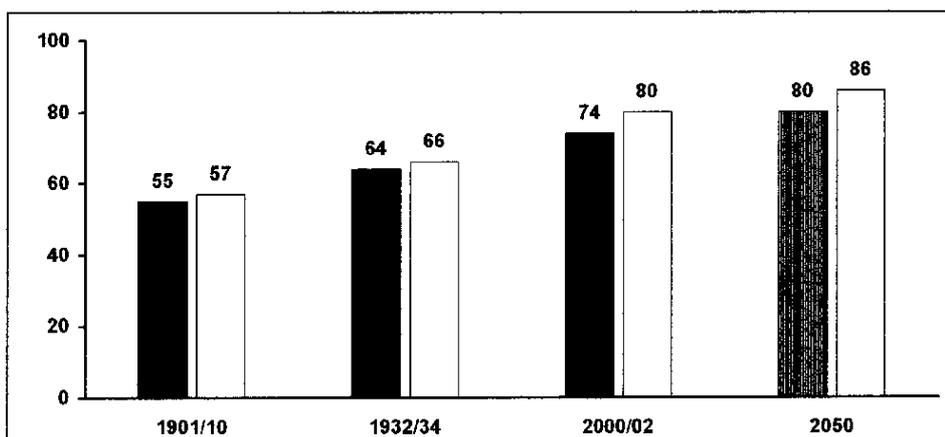
Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung  
 Vorausberechnung: Statistisches Bundesamt, Variante 5

Während sich der Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung von 1900 bis 2000 mehr als halbiert hat, rechnet das Statistische Bundesamt in seiner mittleren Variante bis 2050 mit einer weiteren Verringerung von weniger als einem Viertel (**Abbildung 2**).

Noch undramatischer wirkt die vorausberechnete Steigerung der Lebenserwartung um sechs Jahre in den nächsten fünf Jahrzehnten, wenn man sie mit der Steigerung um mehr als 20 Jahre vergleicht, die wir im letzten Jahrhundert bewältigt haben. Die Lebenserwartung Neugeborener ist in diesem Zeitraum um

mehr als 30 Jahre gestiegen. Da dies zum Teil aber auf eine verringerte Säuglingssterblichkeit zurückzuführen ist, haben wir stattdessen die Lebenserwartung eines einjährigen Kindes ausgewählt und damit die statistisch sauberere Berechnungsvariante dargestellt. Aus den oben genannten Fakten lässt sich bereits schließen, dass auch das Verhältnis zwischen Erwerbsfähigen und Rentnern – dessen Veränderung wird heute oft als Beleg für eine dramatische Entwicklung in der Zukunft betrachtet – schon im letzten Jahrhundert deutlich „ungünstiger“ geworden ist (**Abbildung 3**).

**Abbildung 2:** Lebenserwartung eines 1-Jährigen (m/w)



Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung  
Vorausberechnung: Statistisches Bundesamt, Variante 5

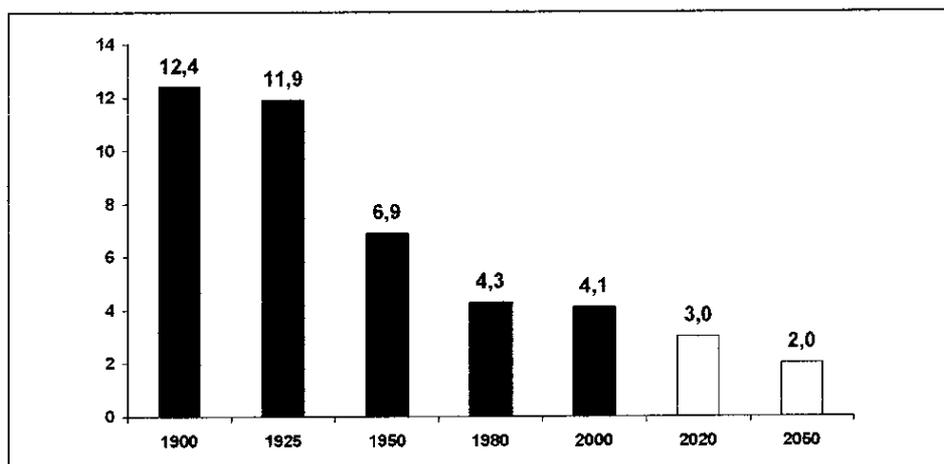
Während sich die Anzahl der Erwerbsfähigen pro Rentner im letzten Jahrhundert um gut zwei Drittel reduzierte, soll auf Grund der Berechnungen der Wiesbadener Statistiker in den nächsten 50 Jahren eine Halbierung folgen. Dabei wird eine Beibehaltung des Renteneintrittalters vorausgesetzt. Sobald dieses steigen würde, wäre die zukünftige Reduktion geringer.

Die Gründe dafür, dass Alterung und Absinken der Kinderzahlen in der Vergangenheit problemlos bewältigt werden konnten, treffen unserer Meinung nach auch auf die zukünftige demografische Entwicklung zu und schlie-

ßen, wie in den nächsten Abschnitten diskutiert werden soll, jede Dramatik aus.

#### 4.2. Fehlende Einbeziehung der Jugend in die Berechnung

Wenn es um die Berechnung der „Lasten“ geht, die die erwerbsfähige Bevölkerung zu tragen hat, zeichnen sich die meisten Erörterungen zum Thema Demografie durch eine auffällige Verkürzung des Blickwinkels aus. Man scheint in diesem Zusammenhang stillschweigend davon auszugehen, dass es da-

**Abbildung 3:** Anzahl der 15- bis 65-Jährigen auf einen über 65-Jährigen

Datenquelle: ver.di, Mythos Demographie

bei lediglich um die älteren Mitbürger geht. Aus diesem Grund spielt der Altenquotient in der Debatte eine so exponierte Rolle. Völlig ausgeblendet bleibt meistens der Sachverhalt, dass auch Kinder und Jugendliche neben Essen, Kleidung und Wohnen – was zum Großen Teil von den Eltern finanziert wird – gesellschaftliche Ausgaben erfordern, z. B. für Kindergärten, Schulen, Jugend- und Freizeiteinrichtungen oder Gesundheitsversorgung. Für eine seriöse Betrachtungsweise ist es jedoch unerlässlich, nicht nur den Alten-, sondern auch den Jugendquotienten zu berücksichtigen. Erst die Summe beider Größen, der so genannte Gesamtquotient, stellt einen aussagekräftigen Wert über die Zahl der von den Erwerbsfähigen zu versorgenden Menschen dar. Auch die Autoren der 10. Bevölkerungsvorausberechnung beziehen diesen Gedanken in ihre Überlegungen ein und weisen neben dem Altersquotienten auch den Jugend- und Gesamtquotienten gesondert aus. Wenn man unter den Erwerbsfähigen die Gruppe der 20- bis 60-Jährigen versteht, so ergibt sich für 2001 ein Altenquotient von 43,9, während der Jugendquotient 38,1 und der Gesamtquotient 81,9 beträgt. Verfolgt man den weiteren Verlauf der Entwicklung und legt dabei die Ergebnisse von Variante 5 zu Grun-

de, so wird eine besondere „Dramatik“ erst ab 2030 sichtbar, und zwar genau genommen ausschließlich dann, wenn man den Altenquotienten im Blick hat. So steigt der Altenquotient bis 2020 auf 54,8 Prozent, was einen Zuwachs von 24,8 Prozent gegenüber 2001 darstellt. Der Gesamtquotient liegt zu diesem Zeitpunkt bei 87,7 Prozent. Daraus ergibt sich, vom Ausgangspunkt 2001 aus betrachtet, eine Zunahme von lediglich 7,1 Prozent (**Tabelle 5**).

Gravierender werden die Veränderungen im Jahre 2030. Jetzt ist der Altenquotient auf 70,9 angestiegen, woraus ein Plus von 61,5 Prozent gegenüber 2001 resultiert. Allerdings ist auch hier der Zuwachs des Gesamtquotienten wesentlich moderater: Dieser liegt nun bei 106,2, ist also verglichen mit 2001 um „nur“ 29,7 Prozent gestiegen. Betrachtet man schließlich den extremen Endpunkt der Entwicklung im Jahre 2050, so beträgt der Altenquotient nun 77,8 und ist somit 77,2 Prozent höher als 2001. Die Dramatik entschärft sich jedoch deutlich, wenn man stattdessen den Gesamtquotienten ins Blickfeld rückt. Hier ergibt sich eine Steigerung auf 112, was gegenüber 2001 eine Zunahme um 36,8 Prozent bedeutet. Die ganze Brisanz reduziert sich also um mehr als die Hälfte, wenn man die

**Tabelle 5:** Entwicklung des Alten-, Jugend- und Gesamtquotienten nach der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung – Basis 31.12.2001

Auf hundert Menschen mittleren Alters (20 bis unter 60 Jahre) kommen			
	Ältere	Junge	Gesamt
2001	43,9	38,1	81,9
2010	46,0	33,5	79,5
2020	54,8	33,0	87,7
2030	70,9	35,4	106,2
2040	72,8	33,9	106,6
2050	77,8	34,1	112,0

Datenquelle: Bevölkerung Deutschlands bis 2050  
 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung  
 Variante 5 („mittlere Variante“)  
 Statistisches Bundesamt  
 Presseexemplar vom 6.6.2003

junge Generation in die Betrachtung mit einbezieht. Dass die Entwicklung längst nicht so Besorgnis erregend ist, wie vielfach angenommen wird, lässt sich anschaulich verdeutlichen, wenn man das Jahr 1970 zum Ausgangspunkt nimmt. Damals kamen auf 100 Erwerbsfähige etwa 60 Junge und 40 Ältere, also eine Gesamtzahl von ca. 100. Vergleicht man diese mit dem vom Statistischen Bundesamt errechneten Gesamtquotient für das Jahr 2050, der bei ca. 112 liegt, so ergibt sich von 1970 bis 2050 lediglich eine Steigerung um etwa 12 %.<sup>42</sup>

#### 4.3. Fehlende Berücksichtigung einer möglichen Verschiebung des Renteneintrittsalters

In den öffentlichen Debatten um die Bevölkerungsentwicklung bleibt ein wichtiger Aspekt nahezu ausgeklammert, wenn man mittels Zahlen auf die Dramatik aufmerksam machen will. Die Rede ist von einer möglichen Verschiebung des Renteneintrittsalters. Während man einerseits annimmt, dass die Menschen in Zukunft wesentlich länger leben und die Erwerbsfähigen, bedingt durch einen zunehmenden Arbeitskräftemangel, nicht mehr in der Lage sein werden, die Älteren zu ernäh-

ren, geht man andererseits statisch davon aus, dass das Renteneintrittsalter auch in 50 Jahren dasselbe sein wird wie heute. Ungeachtet aller dramatischen Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur gehen die meisten Berechnungen von einem konstanten Alter für die Verrentung aus. Legen die einen das offizielle Alter von 65 Jahren zu Grunde, so arbeiten die anderen mit dem tatsächlichen Renteneintrittsalter von 60 Jahren. Aber in beiden Fällen wird für 2001 wie 2050 dasselbe Renteneintrittsalter angenommen. Eine differenziertere Sichtweise ergibt sich aus den Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Hier wird auch die Möglichkeit in die Berechnung einbezogen, dass heute bis 60 und 2050 bis 65 Jahre gearbeitet wird. Auf diese Weise lässt sich die Dramatik erheblich entschärfen. Während der Altenquotient auf der Grundlage dieser Berechnung von 44 statt auf 77,8 lediglich auf ca. 55 steigen würde, ergäbe sich für den Gesamtquotienten eine noch deutlicher reduzierte Zunahme. Dieser würde sich nämlich von 81,9 im Jahre 2001 nur auf etwa 85 im Jahre 2050 erhöhen, was einen zu vernachlässigenden Anstieg von lediglich ca. 3,8 Prozent bedeuten würde (**Tabelle 6**).

<sup>42</sup> Bevölkerung Deutschlands bis 2050, Anhang A, Tabelle 5.

**Tabelle 6:** Alten-, Jugend- und Gesamtquotient unter Berücksichtigung verschiedener Renteneintrittsalter nach der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung – Basis 31.12.2001

Auf hundert Menschen mittleren Alters (20 bis unter 60 Jahre) kommen				
	Ältere	Junge	Gesamt	Definition mittleres Alter
2001	44	38	82	20 bis unter 60 Jahre
2050	55	30	85	20 bis unter 65 Jahre

Datenquelle: Bevölkerung Deutschlands bis 2050  
10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung  
Variante 5 („mittlere Variante“)  
Statistisches Bundesamt  
Presseexemplar vom 6.6.2003

Selbstverständlich soll nicht der falsche Eindruck entstehen, dass hier dafür geworben würde, das tatsächliche Renteneintrittsalter generell um fünf Jahre zu erhöhen. Man sollte aber andererseits bedenken, dass es wenig realistisch ist, die heutige Situation der Frühverrentung, die in erheblichem Maße durch Arbeitslosigkeit oder ihre Androhung geprägt ist, ganz schematisch bis zum Jahre 2050 festzuschreiben, und das bei einer deutlich längeren Lebenserwartung. Übrigens verliert die demografische Entwicklung auch dann viel von ihrer Brisanz, wenn das reale Renteneintrittsalter nicht auf 65, sondern lediglich auf 63 Jahre ansteigt. In diesem Fall würde sich für 2050 ein Altenquotient von 63 und ein Gesamtquotient von 94 ergeben (**Tabelle 7**).

#### 4.4. Außerachtlassung des Produktivitätsfortschritts

Eine statische Sichtweise prägt die heutige Diskussion auch dann, wenn es um die Entwicklung der Arbeitsproduktivität geht. Dass man es hier mit einem ständigen Wachstumsprozess zu tun hat, durch den der einzelne Arbeitnehmer in die Lage versetzt wird, während des gleichen Zeitraums immer mehr herzustellen, wird nahezu vollständig ausgeblendet. So geht man stillschweigend davon aus, dass die Leistungsfähigkeit eines Beschäftigten auch im Jahre 2050 dieselbe wie heute sein wird. Um das Ausmaß von Produktivitätsentwicklungen sichtbar machen zu können, beziehen wir uns im Folgenden auf die Prognosen der Herzog- und der Rürup-Kommission, die mit verschiedenen Annahmen arbeiten (**Tabelle 8**).

**Tabelle 7:** Alten-, Jugend- und Gesamtquotient unter Berücksichtigung verschiedener Renteneintrittsalter nach der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung – Basis 31.12.2001

Auf hundert Menschen mittleren Alters (20 bis unter 60 Jahre) kommen				
	Ältere	Junge	Gesamt	Definition mittleres Alter
2001	44	38	82	20 bis unter 60 Jahre
2050	63	31	94	20 bis unter 63 Jahre

Datenquelle: Statistisches Bundesamt  
eigene Berechnungen

**Tabelle 8:** Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage der Schätzungen von Rürup- und Herzog-Kommission

Jährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität	ergibt eine Gesamtsteigerung von 2001 bis 2050 in %
1,25 % (Herzog-Kommission)	84
1,80 % (Rürup-Kommission)	140

Geht man von der moderaten Annahme der Herzog-Kommission aus, die einen jährlichen Anstieg von lediglich 1,25 Prozent vorsieht, so ergibt sich bis zur Mitte des nächsten Jahrtausends immerhin noch eine Produktivitätssteigerung von 84 Prozent. Wohlgermerkt handelt es sich um die Produktivitätssteigerungen, die die Leistung eines Arbeitnehmers betreffen, und nicht um die in der Regel geringere Steigerung des Bruttoinlandsprodukts. Damit dürfte es der Gesamtheit der Beschäftigten möglich sein, einen etwas größeren

Beitrag für die Finanzierung von Kindern und Rentnern abzuzweigen, ohne dass sie dadurch selbst auf eine Teilhabe am Produktivitätsfortschritt verzichten müsste. Eine Einschränkung der Lebensqualität, wie man uns immer wieder androht, wäre also weder für die Erwerbstätigen noch für die zu Versorgenden nötig.

Eine vereinfachte Überslagsrechnung soll verdeutlichen, wie immens die Wirkung von Produktivitätssteigerungen sein kann:

Erhält ein Arbeitnehmer heute – also 2004 – einen Bruttolohn von 3.000 Euro, so zahlt er etwa 300 Euro (10 Prozent) in die gesetzliche Rentenversicherung. Es verbleiben ihm somit noch 2.700 Euro „Netto“<sup>43</sup>. Nach der niedrigeren Annahme der Produktivitätssteigerung um 1,25 Prozent, von der die Herzogkommission ausgeht, würden aus den 3.000 Euro 50 Jahre später inflationsbereinigt 5.312 Euro werden. Würde der Arbeitnehmeranteil für die Rentenversicherung weiterhin 10 Prozent betragen, so ergäbe sich ein „Nettolohn“ von 4.781 Euro. Wenn nun infolge eines höheren Versicherungsbedarfs der Abgabesatz für Rentner arbeitnehmeranteilig auf sogar 15 Prozent ansteigen würde, verblieben dem Arbeitnehmer immerhin noch satte 4.516 Euro, also ein Plus von ca. 67 Prozent gegenüber 2004. Selbst dann, wenn man von einer völlig unrealistischen Verdoppelung des Arbeitnehmeranteils auf 20 Prozent ausgehen würde, erhielte der Arbeitnehmer mit 4.250 Euro immer noch einen um etwa 57 Prozent höheren „Nettolohn“ als heute. Natürlich machen diese Berechnungen nur dann einen Sinn, wenn der Produktivitätsfortschritt anteilig auch den Arbeitnehmern zugute kommt (**Abbildung 4**).

Neben der Produktivitätssteigerung dürften sich 2050 voraussichtlich weitere Quellen für eine zusätzliche Wertschöpfung nutzen lassen:

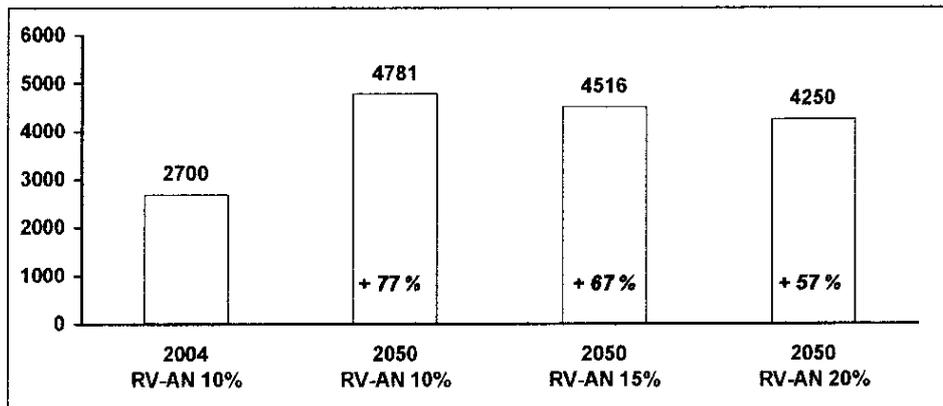
- die Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 60 Jahre
- Einsparungen durch den Rückgang des Anteils der Kinder und Jugendlichen um ca. 30 Prozent

- die Einbeziehung von zusätzlichen Arbeitskräften durch den Abbau der Arbeitslosigkeit
- eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote.

Von einer „Unbezahlbarkeit“ der Gesetzlichen Rentenversicherung kann also, vorausgesetzt die Arbeitnehmer können an den Produktivitätssteigerungen anteilig partizipieren, nicht gesprochen werden kann.

<sup>43</sup> Unter „Nettolohn“ wird hier der Einfachheit halber der Bruttolohn abzüglich des Rentenversicherungsanteils des Arbeitnehmers verstanden.

**Abbildung 4:** Wirkung von Produktivitätssteigerungen „Nettolohn“ in Euro  
(Erläuterungen s. Text)



Quelle: eigene Berechnungen

**4.5. Ein Rechenexperiment: Rechnet man die Erwerbslosen zu den Kindern, Jugendlichen und Älteren hinzu, so ergibt sich bereits für heute ein ähnlich „dramatisches“ Verhältnis, wie es für 2050 zwischen Erwerbsfähigen und Alten vorhergesagt wird**

Dass eine Bezugsgröße wie der Alten- oder Gesamtquotient im Grunde nur sehr wenig über die tatsächlich erbrachte Leistung einer Volkswirtschaft aussagt, dürfte bei näherer Betrachtung jedem einleuchten. Dennoch kann eine Einengung des Blickwinkels auf demografische Parameter, wie sie heute angesichts der hitzigen politischen Debatten vielfach gang und gebe ist, leicht dazu verführen, die realen Größenverhältnisse aus den Augen zu verlieren. Dabei werden naheliegende ökonomische Zusammenhänge allzu oft in den Hintergrund gedrängt. Nichtsdestotrotz sollte man sich hin und wieder darauf besinnen, dass es vor allem zwei Faktoren sind, durch die die zurzeit herrschende volkswirtschaftliche Situation entscheidend mitbestimmt wird: 1. eine seit Jahren auf hohem Niveau stagnierende Arbeitslosigkeit und 2. einen schwindenden Anteil der Einkommen aus abhängiger Beschäftigung am Bruttoinlandsprodukt. Hier liegen sicher einige der

wesentlichen Ursachen dafür, dass etwa gesetzliche Renten- und Krankenversicherungen solchen enormen Belastungen ausgesetzt sind. Die Bestandteile für ein kritisches, „bedrohliches“ Szenario sind also längst vorhanden und brauchen nicht, wie es die „Dramatisierer“ darstellen, in die Zukunft projiziert zu werden. Ein Gedankenspiel, das zugegebenermaßen nicht den Anspruch auf wissenschaftliche Exaktheit erheben kann, mag dazu beitragen, die Dimensionen, um die es geht, überschaubar darzustellen.

Rechnen wir nämlich die 20- bis unter 60-jährigen Arbeitslosen des Jahres 2001 nicht zur Gruppe der Erwerbsfähigen, also der Versorger, sondern zur Gruppe der zu versorgenden Kinder, Jugendlichen und Älteren, so ergibt sich:

**2001** haben 100 Erwerbsfähige (ohne Arbeitslose) 97 Kinder, Jugendliche, Erwerbslose und Ältere zu versorgen (erwerbsfähig definiert als 20 bis unter 60 Jahre).

Angelehnt an das Szenarium der „Dramatisierer“ unterstellen wir für 2050, dass wegen der hohen Versorgungslast für die mittlere Generation keine nennenswerte Arbeitslosigkeit mehr existiert. Damit ergibt sich nach der mitt-

leren Variante der Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes:

**2050** haben 100 Erwerbsfähige 112 Kinder, Jugendliche und Ältere zu versorgen (erwerbsfähig analog 2001 definiert als 20 bis unter 60 Jahre).

Die Anzahl der zu Versorgenden ist also selbst bei Beibehaltung des Renteneintrittsalters gegenüber 2001 lediglich um 15 Prozent gestiegen!

**Wenn allerdings die Arbeitslosigkeit bis zur Mitte des Jahrhunderts nicht deutlich reduziert wird, was einige Ökonomen vermuten, so liegt das Problem der Versorgungslast eindeutig nicht an der wachsenden Zahl der Älteren, sondern der Verschwendung von Kapazitäten durch die Arbeitslosigkeit.**

Wie bereits gesagt, handelt es sich bei dieser Berechnung lediglich um ein Gedankenexperiment ohne Anspruch auf Exaktheit. Allerdings kann es dazu dienen, die oft vernachlässigte Bedeutung der Arbeitslosigkeit für die Versorgungslast der Erwerbsfähigen deutlich aufzuzeigen.

##### **5. Der Jugendquotient – eine Messlatte für die Effizienz einer Volkswirtschaft?**

Dass in der vorherrschenden öffentlichen Meinung der Einfluss demografischer Faktoren auf die Volkswirtschaft zum Teil erheblich überschätzt wird, findet seinen Niederschlag nicht zuletzt auch in dem hohen Stellenwert, den man dem Jugendquotienten beimisst. Wie weit dies in Verbindung mit dem in unserer Gesellschaft dominierenden Jugendkult steht oder einer „sachlich-analytisch“ orientierten Sichtweise geschuldet ist, soll hier nicht weiter untersucht werden. Stattdessen wollen wir mögliche empirische Belege für die These überprüfen, dass junge Gesellschaften besonders innovativ seien und zu effizienten Volkswirtschaften führen. Zu diesem Zweck lässt sich die Methode der Längsschnitt-

analyse einsetzen. Kann man nennenswerte Beispiele dafür ausfindig machen, dass älter werdende Gesellschaften an Innovationskraft verlieren? Wir haben Sie nicht gefunden, dafür jedoch Belege für das Gegenteil. So ging die Alterung, von der Deutschland im letzten Jahrhundert geprägt war, mit einer rasanten Wirtschaftsentwicklung einher. Eine zweite mögliche Betrachtungsweise ist die Querschnittanalyse. Dabei werden die heutigen Volkswirtschaften unter den Aspekten Leistungsfähigkeit und Altersverteilung untersucht. Das Ergebnis ist so evident, dass auf mathematisch/statistische Verfahren verzichtet werden kann. Es stellt sich heraus, dass die jungen Gesellschaften im Allgemeinen eine geringe Wirtschaftskraft haben und die Gesellschaften mit hoher Wirtschaftskraft einen relativ hohen Altersschnitt. Also auch hier kein Hinweis für die These, nur junge Gesellschaften seien innovativ.

Dass es nicht unbedingt immer die Masse ist, „die es macht“, lässt sich anschaulich verdeutlichen, wenn man sich die Situation an unseren Schulen und Hochschulen vor Augen hält. Die großen Schulklassen und überfüllten Hörsäle, die wir dort vorfinden, verhindern ein effektives und kreatives Lernen. Außerdem führt die große Konkurrenz dazu, dass Schwächere schon frühzeitig keine Perspektive mehr sehen und die Anstrengungen aufgeben. Auch in der Wirtschaft würde eine Masse billiger Arbeitskräfte den Innovationsdruck eher senken. Unter diesem Blickwinkel ist es erstaunlich, dass die Politik heute die vielen Alten als Bedrohung für die Volkswirtschaft darstellt, aber verhältnismäßig wenig in die Jugend investiert. Auch trotz der Veröffentlichung der „Pisa-Studie“ sind große Klassen und überfüllte Hörsäle immer noch eher die Regel als die Ausnahme, Lehrer und Professoren haben angesichts der zu betreuenden Massen für die Einzelnen kaum Zeit. So wird vielen Jugendlichen eine effektive Ausbildung versagt.

Dabei fällt auf, dass die vorhandenen demografischen Daten über Kinderzahlen von der Politik nicht genutzt wurden und werden, um im Bildungsbereich effektiv zu planen. So wurden für die geburtenstarken Jahrgänge der 60-er Jahre des letzten Jahrhunderts zuwe-

nig Schulen gebaut und Lehrer ausgebildet. Und auch in den letzten Jahre stellten die Bürokratien vieler Bundesländer wieder einen „überraschenden“ Lehrermangel fest, sodass viele Quereinsteiger zu Lehrern umgeschult wurden bzw. geplanter Unterricht einfach ausfiel. Hier hätte man die existierenden Zahlen über Kinder und Lehrer effektiv einsetzen können, um dadurch eine sinnvolle Basis für die Planung zu schaffen. Wieso versäumt man es, vorhandenes bevölkerungsstatistisches Datenmaterial zu nutzen, während man sich andererseits auf prognostizierte Daten für 2050 beruft und in ihnen eine Entscheidungsgrundlage für das heutige politische Handeln sieht?

#### 6. Schlussbemerkungen: Gedanken über den Wert von Bevölkerungsvorausberechnungen

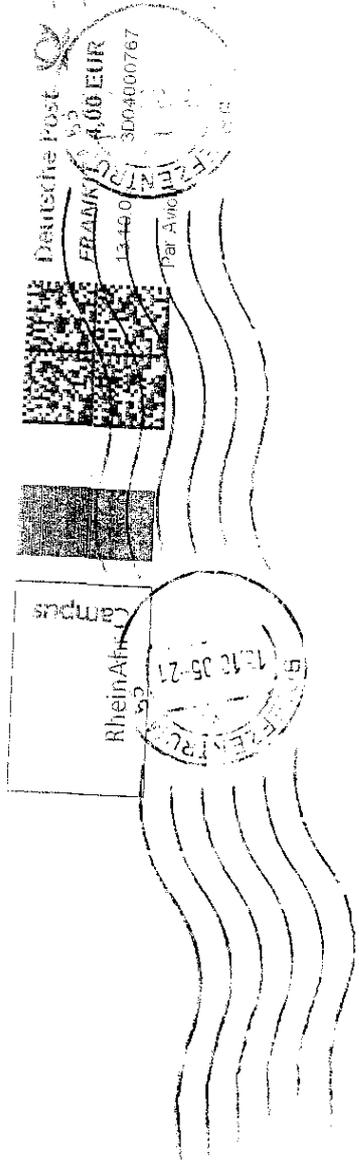
Wie das Beispiel der Bildungspolitik zeigt, könnten kurz- und mittelfristige Bevölkerungsprojektionen bzw. die Berücksichtigung existierender demografischer Daten ein durchaus wertvolles Instrument sein, um die Arbeit von politischen Instanzen zu erleichtern. Völlig anders sind Berechnungen einzuschätzen, die sich auf einen Zeitraum von 30 und mehr Jahrzehnten beziehen. Jeder, der die Problematik derartig langfristiger „Prognosen“ auch nur annähernd kennt, weiß, dass das Eis, auf dem man sich dabei bewegt, mit jedem Jahrzehnt, das man sich vom Ausgangszeitpunkt entfernt, immer dünner und brüchiger wird, sodass von einer realistischen Basis für das aktuelle politische Handeln kaum die Rede sein kann. Was mag also eine Regierung dazu bewegen, sich für ihre Argumentation auf eine Berechnung zu stützen, deren Prognosehorizont sich bis zur Mitte des Jahrhunderts erstreckt? Will man dadurch vielleicht einfach nur dem landläufigen Vorwurf entgegentreten, demzufolge jede Regierung immer nur den Zeitpunkt einer einzigen Legislaturperiode im Blick hat? Oder beabsichtigt man tatsächlich, bis zum Jahre 2050 zu planen? Das wäre vergleichsweise so, als hätte Konrad Adenauer Mitte der 50er Jahre seine Politik auf das Jahr 2000 hin konzipiert – was man dem damals

80-Jährigen kaum unterstellen mag. Etwas befremdlich wirkt es auch, wenn Politiker gleich die nächsten 100 Jahre ins Visier nehmen und Bevölkerungsprognosen benutzen, um damit aktuelle politische Maßnahmen zu legitimieren. So prophezeite Ulla Schmidt am 9.9.2003 in der ersten Lesung der Gesundheitsreform im Deutschen Bundestag: „Diese Solidarität unter veränderten ökonomischen Bedingungen in einer globalisierten Welt, aber auch angesichts der veränderten demografischen Entwicklung zu gewährleisten ist unsere Aufgabe. Dass wir alle glücklicherweise immer älter werden und die Lebenserwartung steigt, auf der anderen Seite aber zu wenig Kinder geboren werden, ist die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts.“<sup>44</sup> Welche Herausforderung wird hier tatsächlich beschworen? Es drängt sich zuweilen der Verdacht auf, es gehe in Wahrheit gar nicht um die Demografie, sondern allein um den Versuch, die sozialen Sicherungssysteme dem Druck der allgemeinen Sparzwänge und verknüpften finanziellen Ressourcen anzupassen, die vor allem durch ständig sinkende Lohnquoten und eine hohe Arbeitslosigkeit hervorgerufen werden. Hinzu kommt das Bestreben des Unternehmerlagers, den Faktor Arbeit finanziell immer mehr zu „entlasten“ und sich aus der Parität bei den Sozialabgaben zurückzuziehen. Unter diesen Voraussetzungen dürfte es in Zukunft tatsächlich zu gewaltigen Finanzierungsproblemen kommen. Die Demografie wird in diesem Zusammenhang voraussichtlich faktisch nicht mehr als eine sekundäre Rolle spielen und stattdessen allenfalls ein Instrument sein, um von den wirklichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen abzulenken.

*Anschrift der Verfasser:*

Klaus Bingler  
Prof. Dr. Gerd Bosbach  
RheinAhrCampus  
Südallee 2  
53424 Remagen

<sup>44</sup> [www.bmgs.bund.de/deu/gra/aktuelles/reden/bmgs/index\\_3742.cfm](http://www.bmgs.bund.de/deu/gra/aktuelles/reden/bmgs/index_3742.cfm).



*Green Paper on Demographic Change*

*DG EMPL/E1A*

*J-27 01/122*

*European Commission*

*B-1049 Brussels*

*Prof. Bossard*

*Sirindale 2*

*53424 Remagen*

72425 14 002